1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 31 vom 31. Juli 1981 15. Jahrgang 1 DM

Nach dem Gipfel von Ottawa

82er Haushalt: Sozialabbau wie noch nie!

Massive Steuererhöhungen und Streichungen

BONN. — Wie von Kanzler Schmidt bereits angekündigt, ist die Bundesregierung bei der Vorbereitung des Bundeshaushaltes für 1982 nach der Gipfelkonferenz von Ottawa zur Sache gekommen. Beide Regierungsparteien tagen seit dem letzten Wochenende nahezu ununterbrochen, um einen Haushalt auszuarbeiten, der die große Wende zur Sanierung der Staatsfinanzen bringen soll. Ein Raubzug, der rund 20 Milliarden erbringen soll, wird gestartet. Und trotz verschiedenster Beteuerungen von seiten der SPD liegt klar auf der Hand, wohin der Hase läuft: Bezahlen sollen allein die arbeitenden Menschen dieses Landes.

Die geplanten Steuererhöhungen, die zwischen sechs und sieben Milliarden DM einbringen sollen, setzen sich aus solchen indirekten Steuern zusammen, die hauptsächlich von den Werktätigen bezahlt werden,und aus einer 5prozentigen allgemeinen Steuererhöhung, von der wiederum die zur Lohn- und Einkommenssteuer veranlagten Beschäftigten die Hauptlast zu tragen haben. Mit diesem Plan, der in Matthöfers Finanzministerium entworfen wurde, setzt sich die Regierungspartei SPD in direkten Gegensatz zu den Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der eine stärkere Besteuerung der Spitzenverdiener vorgeschlagen hat.

Das seit Monaten durch eine intensive politische Kampagne vorbereitete Kahlschlagprogramm im sozialen Bereich nimmt, je mehr die Diskussion und die Planungen sich ihrem entscheidenden Stadium nähern, immer umfangreicheren und brutaleren Charakter an.

Kürzung des Kindergeldes — davon sind verschiedene Varianten in der Debatte —, Kürzung des Arbeitslosengeldes, radikale Beschneidung von Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz, Kürzung der Arbeitersparzuschüsse — das Streichprogramm umfaßt nahezu alle jene Errungenschaften der arbeitenden Menschen unseres Landes, für die in den letzten Jahrzehnten so oft und so viel gekämpft wurde und die von der Bonner Propaganda seither stets als Beweis des sozialen Charakters dieses Staates benutzt wurden.

Die Regierungspropaganda behauptet, dieser Haushalt sei neutral, nicht nur gegen die arbeitenden Menschen gerichtet.

Daß das nicht zutrifft, kann man schon aus den kurzen Aufzählungen oben entnehmen: Die Reichen dieses Landes sind weder arbeitslos, noch Kleinsparer, noch müssen sie umschulen. Zynisch ist: Der Raub von rund 2,6 Milliarden DM, die mit dem sogenannten Karenztag den kranken Arbeitern gestohlen werden, soll die Unternehmer zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ermutigen. Die weitere Verbesserung der Möglichkeiten der degressiven Abschreibung für die Kapitalisten — weitere Steuergeschenke für die Monopole also, auch das soll eine beschäftigungspolitische Komponente sein! Diese Propaganda darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß dies der unsozialste Bundeshaushalt seit langem ist.

Solidarität mit dem Hungerstreik in der Türkei

ANKARA. — Wie erst jetzt bekannt wurde, befinden sich seit Anfang Juli im KZ-ähnlichen politischen Zentralgefängnis von Ankara, im Mamak-Gefängnis, mehr als 1 000 politische Gefangene verschiedener Organisationen im Hungerstreik. Es gibt Nachrichten über ein erstes Todesopfer und mehrere bereits sehr kritische Fälle.

Mit dieser Aktion, die inzwischen auf zwei Istanbuler Gefängnisse übergesprungen ist, wollen die politischen Gefangenen sich vor allem gegen die Folter wenden, deren Abschaffung sie fordern.

Weitere Forderungen sind die nach unbeschränkter Besuchszeit und nach freiem Bezug von Literatur und Presse. Diese letzte Forderung steht damit im Zusammenhang, daß die Gefangenen vor allem im Mamak mit faschistischem Drill gedemütigt werden sollen.

Täglich müssen die politischen Gefangenen antreten, um die Nationalhymne zu singen,und anschließend die „guten Eigenschaften eines türkischen Menschen" rezitieren.

Der Kampf der politischen Gefangenen in der Türkei, der Antifaschisten und Revolutionäre über Parteigrenzen hinweg vereint, ist zutiefst berechtigt; ihre Forderungen nach Verbesserungen der Haftbedingungen und Beseitigung der Folter sind gerecht.

Die türkische Militärverwaltung hat bis heute behauptet, es gebe keinen Hungerstreik. Dem widersprechen jetzt auch die Äußerungen des Verbandes der türkischen Rechtsanwälte, der gleichzeitig noch einmal gegen die Rechtlosigkeit politischer Angeklagter in der Türkei protestierte.

Solidarität mit dem Hungerstreik in der Türkei! Schluß mit der Folter! Verbesserungen der Haftbedingungen!

Havarie des Öltankers Afran Zenith auf der Hamburger Elbe. Nur durch intensivste Bemühungen konnte verhindert werden, daß eine Ölpest vom Ausmaß der berüchtigten Amoco-Cadiz-Katastrophe entstand, daß der gesamte Hamburger Hafen lahmgelegt wurde. Allein schon die Tatsache, daß nur ein Meter zwischen Schiffsboden und Flußbett lag, zeigt, wie riskant das Gebaren der Ölmultis ist, um jeden Preis so viel Öl wie möglich auf einmal zu transportieren.

Wer ist schuld an der Hamburger Ölkatastrophe?

HAMBURG. — Wie ein Bericht über eine Hetzjagd hörten sich am letzten Wochenende die Radiosendungen über die Havarie des unter liberianischer Flagge segelnden Öltankers Afran Zenith im Hamburger Hafen an. Die große Katastrophe wurde gerade noch einmal vermieden — so tönte es anschließend von den Behörden. Tatsache aber ist, daß ein riesiger Ölteppich — die offiziellen Angaben schwanken zwischen 15 und 30 km Länge — die Elbe bedeckt.

Sofort wurde damit begonnen, die ganze Angelegenheit herunterzuspielen: Es seien ja „nur" etwa 180 Tonnen Öl ausgelaufen, man kenne ja die Schwierigkeiten, die es mit den sogenannten „Billigflaggen" gäbe und ähnliche Argumente wurden vorgebracht.

Tatsache aber ist, daß der riesige Ölteppich auf der Elbe liegt, auf einem Fluß, der durch die Profitjagd ohnehin schon stark verschmutzt ist.

Tatsache ist auch, daß es seit langem bekannt ist, wie die Praktiken solcher „Billigflaggen" — Länder wir Liberia, Panama usw. aussehen. Erst im Zusammenhang mit dieser neuesten Havarie berichtete ein Journalist, wie er sich ein Offizierspatent kaufte und als Dritter Offizier sofort angestellt wurde.

Aber: Wer sind denn die Leute, die vor allem von diesen billigen Flaggen profitieren? Das sind zum einen die Reedereien, die ihre Mannschaften wie Sklaven halten und ohne Rücksicht auf Verluste durch die Welt schippern.

Das sind aber vor allem, bei den Öltankern, die Ölmultis, die solche Reedereien entweder besitzen oder deren Tanker ständig angemietet haben. Afran Zenith kam aus Cabinda/Angola im Auftrag der Shell.

Die KPD in Hamburg verbreitete noch am letzten Wochenende ein Flugblatt, in dem gezeigt wurde, daß es sich bei solchen Ereignissen keinesfalls um Naturkatastrophen handelt, sondern daß sie Ergebnis der bewußten Profitplanung der Ölmultis sind.

In dem Flugblatt fordert die KPD unter anderem verschärfte Sicherheitsvorschriften für Öltanker — die bisher noch unter den Anforderungen für andere Schiffe liegen —, eine Begrenzung der Tankergröße und die Verlegung des Hamburger Petroleumhafens.



NATO-Manöver im ganzen Atlantik

USA und vier faschistische Staaten machen Vormanöver im Südatlantik

OSLO. — Großes Echo hat die zunächst ausgesprochene Weigerung der norwegischen Regierung, sich am jetzt beginnenden NATO-Seemanöver „Ocean Venture 81" zu beteiligen, hervorgerufen. Obwohl unklar blieb, ob der Beschluß, den Minister Stoltenberg in der letzten Woche verkündete, auch eingehalten wird, so ist doch durch den Streit darum klar geworden, daß die USA im Südatlantik zusammen mit lateinamerikanischen faschistischen Staaten ein Ergänzungsmanöver machen.

„Ocean Venture 81" ist das größte Seemanöver in der Geschichte der NATO. Zugleich wurden bei seiner Vorbereitung die seit langem bekannten Bestrebungen der USA verstärkt, die NATO über ihren eigentlichen Geltungsbereich hinaus auszudehnen, indem erstmals direkte gemeinsame Planungen mit lateinamerikanischen Diktaturen umgesetzt wurden.

Obwohl der norwegische Beschluß aufgrund der sofortigen Gegenerklärungen aus dem NATO-Hauptquartier — und auch aus Bonn — offensichtlich wieder zurückgenommen werden soll, nachdem erläutert worden war, beide Manöver hätten absolut nichts miteinander zu tun, wird die Auseinandersetzung darum die stillen amerikanischen Ausweitungspläne mehr dem Licht der Öffentlichkeit preisgegeben.

Erste Auswirkungen davon waren, daß auch Dänemark seine Teilnahme überprüfen wollte und daß in Norwegen selbst verstärkter Widerstand gegen die Zusammenarbeit mit den USA im Land entwickelt wurde.

Dies ist deshalb wichtig, weil Norwegen, wie Italien im Mittelmeer, im Norden die Rolle eines „ländlichen Flugzeugträgers" in der US-Strategie spielen soll.

Die Versuche zur Ausweitung der NATO, zumal mit faschistischen Diktaturen, dienen den USA-Imperialisten dazu, ihre Kriegsvorbereitungen durch weltweites Aufbieten ihres Einflusses zu verstärken, und müssen entschieden bekämpft werden.



NATO-Seemanöver: US-Sprecher betonten, sie sollen zeigen, daß man „überall in der Welt präsent" sei.

Kommentar der Woche

Die Schiedskommission der SPD im Bezirk Niederrhein hat ihren Spruch gefällt: Karl-Heinz Hansen, Abgeordneter im Bundestag, wird aus der Partei ausgeschlossen.

Aber nicht etwa wegen seiner Kritik an der Politik der Bundesregierung. Man ist ja schließlich eine demokratische Volkspartei, in der jeder — auch ein „Wirrkopf" (Kanzler Schmidt über Hansen) und „Geisteskranker" (Minister Franke über Hansen) — seine Meinung sagen darf. Jede inhaltliche Wertung der Kritik des Abgeordneten wurde in dem Parteiverfahren vollständig ausgeklammert. Die Schiedskommission gründet den Rausschmiß Hansens ausschließlich auf dessen „Formulierungen, die erheblich verletzten."

Hansen und die „Glaubwürdigkeit" der SPD

Zur Erinnerung: Im Zusammenhang mit der lebensbedrohenden „Sicherheitspolitik" der Bundesregierung hatte Hansen von „politischen Schweinereien" gesprochen; ein anderes Mal warf er der Regierung vor, sie betreibe „eine Art Geheimdiplomatie gegen das eigene Volk."

Es ging also angeblich nur um solcher Formulierungen, mit denen Hansen die „Solidarität unter Genossen" verletzt hätte. Solidarisch dagegen haben sich diejenigen verhalten, die das Kesseltreiben gegen Hansen im Goebbels-Jargon betrieben. Genannt sei hier nur der Parteiboß im Bezirk Niederrhein, Minister Bäumer, der Hansens Rausschmiß unter der Parole gefordert hatte, das „faule Fleisch am Rande der SPD" müsse abgeschnitten werden.

Gerade angesichts solcher Äußerungen wirken natürlich alle Beteuerungen der Parteibosse, es ginge beim „Fall Hansen" nur um Stilfragen, mehr als lächerlich. Und es wird sich wohl auch innerhalb der SPD kaum jemand finden, der ernsthaft bezweifelt, daß Hansen Opfer einer politischen Säuberung geworden ist. Wenn die Schiedskommission festgestellt hat, der renitente Abgeordnete habe die Partei in eine „sehr gefährliche Situation" gebracht, dann sind damit deutliche Markierungen abgesteckt worden.

Wer immer die tödliche Bedrohung, in die uns die Schmidt-Regierung mit ihrer Atomraketenpolitik bringt, beim Namen nennt, gefährdet die SPD. Wer immer — wie es Hansen unter Berufung auf Reformversprechen längst vergangener Tage tat — gegen die hemmungslosen Angriffe dieser Regierung auf den sozialen Besitzstand der Werktätigen opponiert, der bringt die SPD in eine gefährliche Situation.

So einer ist faules Fleisch. So einer gehört abgeschnitten. Und wenn er auch ein Abgeordneter des Bundestags ist. Wenn auch sein Rausschmiß die Unruhe in der Partei weiter schürt. Sicher dürfte wohl nicht jeder SPD-Führer nur unverhohlene Genugtuung über den Rausschmiß Hansens empfunden haben. Eben gerade deshalb, weil er die Widersprüche innerhalb der Partei weiter zuspitzen wird.

Karl-Heinz Hansen selbst hat in diesem Zusammenhang Willy Brandt angesprochen: Er sei jetzt gefordert, dafür zu sorgen, daß die SPD ihre Glaubwürdigkeit behielte und sich nicht unfähig mache zum Dialog mit der kritischen Jugend. Gewiß, es gibt ja diese professionellen Dialog-Künstler in der SPD wie Brandt, Glotz und andere. Und die hätten sich vielleicht auch eine elegantere Lösung des „Falls Hansen" gewünscht. Aber wie sollten denn diese Leute der SPD die Glaubwürdigkeit zurückgeben?

Ihre Position beruht doch gerade auf dem, was man im Bonner Sprachgebrauch „Integrationsfähigkeit" nennt. Das heißt, auf dem Vermögen, mit einigen wortradikalen Zugeständnissen an die Linke die Widersprüche zwischen der Basis bzw. Anhängerschaft der SPD und der Parteispitze abzuschwächen und zu verkleistern. Und ihre so gerne herausgestellte Dialogbereitschaft verfolgt doch nur das Ziel, eine Loslösung des kritischen Potentials von der SPD zu verhindern und dieses Potential weiter in eine Politik einzubinden, die ausschließlich dem Interesse des Monopolkapitals dient.

Das allerdings hat mit Glaubwürdigkeit nichts, mit politischer Demagogie dagegen sehr viel zu tun. Der „Fall Hansen" hat überdies gezeigt, daß die Dialogbereitschaft überall dort ein jähes Ende findet, wo die Kritiker auf ihren Positionen beharren und sich nicht mit der reaktionären Politik der Parteispitze versöhnen lassen.

So macht der Rausschmiß Hansens vor allem eines deutlich: Die SPD ist ein politisches Instrument des Monopolkapitals. Eine Politik im Interesse der werktätigen Massen wird sich in dieser Partei nicht durchsetzen lassen.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

„Vordiskussion" zur konzertierten Aktion Gesundheitswesen am 7. Oktober

Ehrenbergs Vorschläge: Frontalangriff auf Gesundheitsversorgung!

BONN. — In der letzten Woche kamen Vertreter des für das Gesundheitswesen zuständigen Bundesarbeitsministeriums und der gesetzlichen Krankenkassen in Bonn zusammen, um über einen Vorschlag der Finanzexperten des Ministeriums zu sprechen, mit dem den Krankenkassen ihre Rentabilität gesichert werden soll. Um die Beitragserhöhungen Anfang nächsten Jahres in Grenzen halten zu können, wie es die Urheber der Vorschläge beschönigend sagten.

Die Grundlinie, die sich durch alle 32 einzelnen Vorschläge zieht, ist es, die Verantwortlichkeit der Krankenkassen für bestimmte Leistungen überall zu beschneiden, die Patienten stärker zur Kasse zu bitten, Kosten in Höhe mehrerer Milliarden DM auf die Werktätigen abzuwälzen.

Die wichtigsten Verschlechterungen, die die Versicherten nach Ehrenbergs Plänen hinnehmen sollen: die weitere Ausdehnung der sogenannten Bagatellarzneien-Bestimmung, nach der bestimmte Arzneien nicht mehr verschrieben werden können, die engere Begrenzung der Höchstmenge an Arzneimitteln, die verschrieben werden darf, die Verkürzung der Aufenthaltszeit im Krankenhaus und der damit verbundene Plan, weiteren Bettenabbau — über den bereits gesetzlich vorgeschriebenen hinaus — zu beginnen, die drastische Einsparung bei der Finanzierung von Hilsmitteln, von der Brille bis zum Rollstuhl, und die weitere Kürzung des Zuschusses zur Zahnbehandlung von durchschnittlich 80 auf höchstens 70 Prozent.

Dabei muß man berücksichtigen, daß längst noch nicht alle Leistungsstreichungen nach den bisher erlassenen Gesetzen (Krankenhausfinanzierungsgesetz, Kostendämpfungsgesetz) voll wirksam geworden sind, und daß diese neuen Sparvorschläge über die dortigen Zielvorstellungen weit hinaus gehen. Das Kostendämpfungsgesetz, so sagte das Ministerium, sei die Leitlinie dieses Sparplans.

Die Auswirkungen dieser Vorschläge sind klar: Bei weniger Versorgung muß mehr Geld bezahlt werden. So bedeutet allein die Senkung der Zuschüsse für die Zahnbehandlung um 10 Prozent für die Kassen eine Minderung der Ausgaben um 600 Millionen DM. Gelder, die voll und ganz von den Patienten bezahlt werden müssen.

Dabei drängen vor allem die Unternehmerverbände auf eine Kostensenkung für die Krankenkassen, an denen sie ja finanziell beteiligt sind: Und zwar nicht nur an den Beiträgen, sondern auch, sofern vorhanden, an den Erträgen. Die Aufwendungen der Krankenkassen haben sich aber in den letzten zehn Jahren auf rund 26 Milliarden DM jährlich nahezu verdreifacht. Dem wollen die Unternehmer entgegentreten. Der staatliche Beitrag blieb übrigens in dieser Zeit nahezu gleich, unter fünf Milliarden DM jährlich, so daß von weitreichenden Sparplänen für die Staatskasse hier nicht die Rede sein kann, aber die Regierungspolitik zielt auf einen allgemeinen Rundschlag zum Sozialabbau.

In diesen zehn Jahren haben sich die Beiträge der Versicherten ungefähr verdoppelt, was den Prozentsatz vom Lohn, der für Versicherung bezahlt werden muß, anbetrifft.

Seit mehr als sieben Jahren wird nun ein Eingriff nach dem anderen in das System der Gesundheitsversorgung vollzogen, stets zu Lasten der werktätigen Patienten und des beschäftigten Personals. Jetzt soll mit dem entworfenen Mammutsparprogramm der Großangriff eingeleitet werden, für den das Kostendämpfungsgesetz die Bresche schlug.

Eine goldene Nase verdienten sich in diesem Zeitraum neben den Krankenhausgesellschaften und den Herstellern medizinischer Geräte vor allem die pharmazeutische Industrie und die Hersteller von Hilfsmitteln. Daß ein Hörgerät heute teurer ist als eine Stereoanlage, ein Rollstuhl teurer als ein kleineres Auto, erscheint fast schon selbstverständlich. Es ist aber das Ergebnis der Politik der letzten zehn Jahre.

In ihrem Aktionsprogramm hat die KPD die entscheidenden Forderungen gegen die Streichkampagne und die Verteuerung im Gesundheitswesen erhoben:

Weg mit dem Kostendämpfungsgesetz!

Ausreichende und kostenlose medizinische Versorgung der Werktätigen!

Diese berechtigten und notwendigen Forderungen wird eine bundesdeutsche Regierung nur erfüllen, wenn sie dazu gezwungen wird. Denn auch jetzt, bei Ehrenbergs Frontalangriff ist für die Monopole, die an der Krankheit Superprofite verdienen, nur die Aufforderung enthalten, Preissteigerungen rechtzeitig anzukündigen! Dabei beweisen die alljährlichen Milliardenumsätze und Gewinne der Arzneimittelhersteller in aller Deutlichkeit, dort liegt die Hauptquelle für die Kostensteigerung im Gesundheitswesen.

Sparprogramm der SPD-Alleinregierung

NRW-Regierung: Haushalt für Banken und Polizei

Alle Wahlversprechungen gebrochen

DÜSSELDORF. — Die SPD-Regierung von Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, legte jetzt ihren Haushaltsentwurf für 1982 vor. Er umfaßt rund 54,8 Milliarden DM — 3,3 Prozent mehr als im laufenden Jahr, wobei allerdings die Preissteigerungen in NRW im Jahresvergleich Juli 6,1 Prozent betragen. In Wirklichkeit wird der Haushalt also gekürzt.

Und gerade in NRW, wo die SPD alleine an der Regierung ist, wo keine Entschuldigung in der Art von Rücksichtsnahme auf irgendwelche Koalitionspartner angeführt werden kann, erweist sich die SPD als eine unsoziale und undemokratische Partei.

Der Hauptangriffspunkt der Sparkommissare des Finanzministers Posser ist das gesamte Erziehungswesen.

So wird als erstes das „Baden-Württemberg-Modell" der arbeitslosen Lehrer eingeführt. Denn von den 7000 Stellen, die das Land einsparen will, sind nicht weniger als 4400 Lehrer, die nicht eingestellt werden sollen. In allen anderen Ministerien sollen 2 Prozent der Stellen im allgemeinen eingespart werden. Das mag zunächst gut klingen, aber es berührt die Posten der Spitzenbürokraten kaum, sondern wirkt sich im wesentlichen auf die kleinen Beamten aus.

Von Stellenstreichungen ausgenommen sind ausdrücklich die Polizei und der Strafvollzugsdienst. Diese seien ohnehin überlastet. In den Städten des Landes wird die Werbekampagne für den Polizeidienst ständig fortgesetzt.

Mit den Einsparungen im Erziehungswesen im Zusammenhang steht auch der jüngst verabschiedete Gesetzesentwurf über die Gesamtschule, mit dem das ursprüngliche Konzept dieser Schule, alle die positiven Ansätze, die darin enthalten waren, über Bord geworfen wurden. Auch das wurde — unter anderem — mit zu hohen Kosten begründet, die von den ursprünglichen Plänen einer garantierten Errichtung von echten Gesamtschulen angeblich verursacht worden wäre.

In der Folge dieser Sparprogramme werden auch ausdrückliche Wahlversprechungen ohne Hemmungen gebrochen: noch im letzten Jahr hatte die SPD behauptet, ab 1982 werde der Besuch von Kindergärten kostenlos — dies wurde jetzt ersatzlos gestrichen. Gestrichen wurden auch eine ganze Reihe sozialer Modellversuche, an denen das Land NRW beteiligt war, wie Fahrdienste für gehbehinderte Schüler in einem Regierungsbezirk, Erziehungsberatungsstellen in verschiedenen Städten und so weiter.

Verschärft werden diese Maßnahmen durch die beabsichtigte Kürzung des Steueranteils der Städte um rund 670 Millionen DM. Die Finanzexperten Possers wiesen die sozialdemokratischen Bürgermeister und Kämmerer des Ruhrgebiets an, die Städte könnten ja ihrerseits über 500 Millionen DM einsparen. Dieser Betrag wird ganz auf die Werktätigen NRWs abgewälzt. Und in der Tat: Die Planungen verschiedener Großstädte in NRW umfassen Einsparungen eben in der angesprochenen Höhe, und zwar wiederum im Bereich von Schulen und Kindergärten. So soll unter anderem die Lernmittelfreiheit abgeschafft werden.

So werden die Sparmaßnahmen auf allen Ebenen des kapitalistischen Staates fortgesetzt. Und in den Städten wird es vielfach zu den direktesten Auswirkungen kommen. Sozial- und Bildungseinrichtungen in NRW stehen durchweg auf der Abschlußliste. Aber auch Putzkolonnen, Müllabfuhr, Stadtgärtnereien und anderes wird zusammengestrichen.

Neben den Einrichtungen des Bildungswesens betrifft der Sparplan der SPD-Regierung vor allem das Baugewerbe. Weit davon entfernt, etwa ein Programm des sozialen Wohnungsbaus zu entwickeln, wie es im Angesicht der Wohnbedingungen — offiziell fehlen eine viertel Million Wohnungen — nötig wäre, werden die Investitionsausgaben des Landes, unter denen die Bauplanungen einer der wichtigsten Posten sind, unterdurchschnittlich um 2,3 Prozent angehoben. Das heißt, sie werden real noch stärker gesenkt, als andere Ausgaben.

So wird sich die Wohnlage der Werktätigen weiter verschlechtern. Es wird auch die krisenhafte Entwicklung in der Bauindustrie weiter beschleunigt werden, werden dort weitere Arbeitsplätze vernichtet werden. Während die Investitionsausgaben der Landesregierung knapp über zehn Milliarden DM betragen, beträgt allein die Belastung aus Zinsen und Tilgung für die bisherige Verschuldung des Landes sage und schreibe 8,1 Milliarden DM. Die Neuverschuldung soll sieben Milliarden DM betragen, die zu den bisherigen 31 Milliarden DM hinzukommen.

Damit ist eine noch stärkere Verschuldung bereits angelegt. Denn die Zinskosten sind bereits höher als neue Kredite. Das bedeutet, daß für die Zinsen andere Ausgaben massiv gestrichen werden müssen.

Nutznießer dieses Kurses ist also weder die Staatskasse, noch — versteht sich — das werktätige Volk. Nutznießer sind einzig die Großbanken und Versicherungen, die auch auf Länderebene vier Fünftel der Kredite an den Staat stellen. So ist die Schlußfolgerung, daß dieser Staatshaushalt lediglich den Banken und der Polizei zugute kommt, mit Sicherheit nicht nur naheliegend, sondern zwingend. Im Vergleich zu den Versprechungen, die vor wenig mehr als einem Jahr gemacht wurden, wahrlich ein böses Erwachen für die Werktätigen NRWs, die der SPD die absolute Mehrheit ihrer Wählerstimmen gaben. Zum Erhalt von Arbeitsplätzen in der krisengeschüttelten Stahlindustrie enthält der Entwurf keine Planung!

Angesichts dieses schroffen antisozialen Kurses blieb selbst der CDU-Opposition nicht viel übrig, was sie einwenden konnte. Der CDU-Haushaltsexperte im Düsseldorfer Landtag Schefer meinte zunächst nur, genau so ein Sparprogramm habe die CDU schon seit Jahren gefordert.

Ohne Zweifel wird der Haushaltsentwurf von Nordrhein-Westfalen nicht nur im Land selbst seine — für eine Werktätigen sehr schwerwiegenden — Folgen haben. Er wird auch die Ausarbeitung der Etats der anderen Bundesländer maßgeblich beeinflussen, er setzt ein Signal für die Beschleunigung und Verschärfung des antisozialen Kurses. Ein Kurs, der aus Bonn bereits die ganze Zeit über in die Haushaltsdebatte, die ja seit Monaten pausenlos läuft, gebracht wird. Daß dieses Sparprogramm konzentriert solche Einrichtungen wie Gesamtschulen, Beratungsstellen und ähnliches beseitigt, zeigt, daß es nicht nur ein antisoziales, sondern auch ein antidemokratisches Wirtschaftsprogramm ist, das den Werktätigen das Recht auf Bildung nimmt und sie dafür mit mehr Polizei beglückt.

Gewerkschaften und Friedenskampf

Teilnahmeverbot für Großdemonstration stößt auf Protest

IG Druck und Papier Düsseldorf schrieb an H.O. Vetter

DÜSSELDORF. — Der DGB-Bundesvorstand hat der Gewerkschaftsjugend die Teilnahme an der Großdemonstration für Frieden und Abrüstung am 10. Oktober in Bonn verboten (vgl. vorletzten RM). In den Gewerkschaften hat dieser skandalöse Beschluß Bestürzung und Empörung hervorgerufen. So hat beispielsweise der Düsseldorfer Ortsverein der IG Druck und Papier in einem Schreiben an den DGB-Vorsitzenden Vetter gegen das Verbot protestiert.

Bekanntlich ging die Initiative für die Großdemonstration von der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden und von der Aktion Sühnezeichen aus, Organisationen also, die vor allem in der Evangelischen Kirchenjugend verankert sind. Im Demonstrationsaufruf werden folgende Forderungen erhoben: Aufkündigung des NATO-Raketenbeschlusses! Keine neuen Atomraketen in Europa! Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa! Der Aufruf wurde inzwischen von über 100 Initiativen und Organisationen unterzeichnet, darunter auch die KPD, die KJD und die Kommunistischen Studenten.

Die zuständigen Gremien und Arbeitsgruppen der DGB-Jugend hatten einstimmig die Beteiligung der DGB-Jugend an der Demonstration mit einem eigenen Aufruf beschlossen.

Von dem Verbotsbeschluß des DGB-Bundesvorstands erfuhren die Öffentlichkeit und auch die aktiven Gewerkschafter erst aus der Tageszeitung „Frankfurter Rundschau" vom 11. Juli.

Dieses Verbot ist der bisherige Höhepunkt bei den Bestrebungen der DGB-Führung, die gewerkschaftlichen Aktivitäten zur Sicherung des Friedens und zur Verhinderung der Stationierung neuer Atomraketen in der Bundesrepublik und in Europa zu unterdrücken.

Bislang ist eine offizielle und formelle Erklärung des DGB-Bundesvorstandes zu dem Verbotsbeschluß nicht bekannt geworden. Bekannt sind nach wie vor lediglich die Aussagen des für die Jugendarbeit zuständigen DGB-Vorstandsmitgliedes Karl Schwab, die dieser auf eine entsprechende Anfrage gegenüber der „Fankfurter Rundschau" gemacht hat.

Als Hauptgrund hatte Schwab dabei angegeben, der DGB habe in der Friedensfrage seine Positionen eigenständig zu vertreten. Es habe allerdings — so Schwab — noch einige andere Gründe für diese Entscheidung gegeben. Dazu berichtet die „Frankfurter Rundschau" folgendes:

„An Bedenken und Einwänden seien vorgetragen worden: — der Aufruf der evangelischen Aktion Sühnezeichen sei ‚einseitig', — die Information, der DKP-Parteivorstand habe seine Beteiligung an der Demonstration beschlossen und wolle sich mit Sitz und Stimme im Vorbereitungskomitee bemühen, — die Klage der Evangelischen Kirche vor dem Bundesverfassungsgericht, die Arbeitnehmer-Vertretung durch die Gewerkschaft im kirchlichen Bereich auszuschließen. In diesem Zusammenhang gab Schwab, dem das Vertreten des Beschlusses offenkundig schwerfiel, zu verstehen, daß es ‚auf bestimmte Vorgänge' richtige und falsche Reaktionen geben könne." (FR 11.7.81)

Das Hauptargument für den Verbotsbeschluß, der DGB müsse seine Positionen in der Friedensfrage eigenständig vertreten, ist nichts als ein fadenscheiniger Vorwand. Wer spricht dem DGB denn ab, daß er seine Positionen eigenständig vertreten soll und kann?

Die „eigenständige Position" des DGB-Bundesvorstandes allerdings scheint in erster Linie darin zu bestehen, die Gewerkschaften auf den Aufrüstungskurs der Bonner Regierung und die Politik der Gefolgschaft mit der Konfrontationspolitik Washingtons zu trimmen. Bestand doch die gesamte Aktivität der DGB-Führung in der Frage der Friedenssicherung in letzter Zeit darin, die Gewerkschaften daran zu hindern, gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß aufzutreten und gemeinsam mit der Friedensbewegung für Frieden und Abrüstung zu kämpfen.

Mit ihrer Haltung steht die DGB-Führung in krassem Gegensatz zur Masse der aktiven Gewerkschafter. Das geht bereits soweit, daß Vetter es gar nicht mehr wagt, sich einer Diskussion mit den Gewerkschaftern an der Basis über dieses Thema zu stellen. Wie ist sonst der erbärmliche Beschluß zu verstehen, daß zu der zentralen DGB-Veranstaltung am 1. September zum Antikriegstag in Düsseldorf, die im Saal stattfinden soll, nur geladene Gäste, rund 1200 an der Zahl, zugelassen sein sollen?

Auch die anderen von Schwab angeführten Gründe für den Verbotsbeschluß sind mehr als fadenscheinig, zum Teil geradezu absurd. In dem oben erwähnten Protestschreiben des Ortsvereins Düsseldorf der IG Druck und Papier an den DGB-Vorsitzenden Vetter werden diese Gründe im einzelnen zurückgewiesen. Wir haben dieses Schreiben nebenstehend im Wortlaut abgedruckt (die Zwischenüberschriften haben wir zur Auflockerung selbst hinzugefügt).

Die Düsseldorfer Kollegen stellen in ihrem Schreiben unter anderem die Frage: **„Da wird zum einen gesagt, daß der DGB seine Position in der Friedensfrage nur ‚eigenständig' vertreten könne. Wieso aber, so fragen wir, muß das bedeuten, uns von der allgemeinen Friedensbewegung abzunabeln, uns zu separieren?"**

Diese Frage erscheint uns besonders wichtig. Denn eine solche Abnabelung würde darauf hinauslaufen, eine breite, starke Volksbewegung gegen den Rüstungswahnsinn, für eine Politik der Abrüstung und der Durchführung echter Schritte zur Entspannung, zu verhindern.

Eine solche starke Volksbewegung aber, die gerade für uns Deutsche lebensnotwendig ist, kann es nur geben, wenn gerade die Gewerkschaften eine wesentliche, aktive Rolle dabei spielen. Voraussetzung ist dabei, daß der DGB unter den Massen seiner Mitglieder eine massive, umfassende Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit betreibt und daß er alles unternimmt, um auf dieser Grundlage die Aktionseinheit aller fortschrittlichen, friedensliebenden gesellschaftlichen und politischen Kräfte herzustellen bzw. zu unterstützen.

Von daher halten wir es für eine wichtige Aufgabe aller fortschrittlichen Gewerkschafter, verstärkt den Protest gegen den Verbotsbeschluß des DGB-Bundesvorstand in Betrieb und Gewerkschaft zu organisieren, um den Druck auszuüben, der notwendig ist, damit eine Rücknahme dieses Beschlusses erreicht werden kann.

Der 10. Oktober muß zu einem machtvollen Höhepunkt des Friedenskampfes werden. Er muß die Entschlossenheit aller aktiven Kriegsgegner bekunden, über alle Grenzen von Parteizugehörigkeit oder Weltanschauung hinweg, gemeinsam für die Erhaltung des Friedens zu kämpfen!

Den gewerkschaftlichen Kampf gegen die NATO-Nachrüstung will der DGB-Bundesvorstand mit allen Mitteln verhindern. Die Bonzen geraten dabei in einen offenen und scharfen Gegensatz zu fast allen aktiven Gewerkschaftern. Unser Foto wurde bei der Mai-Kundgebung des DGB in Essen 1981 aufgenommen.

DGB-Kreis Köln

Einstimmig Aufhebung des Verbotsbeschlusses gefordert

KÖLN. — Der Kreisvorstand des DGB-Köln hat den DGB-Bundesvorstand einstimmig aufgefordert, seinen Beschluß zu revidieren, der es der DGB-Jugend untersagt, an der großen Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn teilzunehmen.

Köln gehört zu den größten und mitgliederstärksten DGB-Kreisen der Bundesrepublik. Auf der Sitzung des Kreisvorstandes waren Vertreter aller Einzelgewerkschaften des Kölner DGB vertreten.

Die Einzelgewerkschaften wurden aufgefordert, diesen Beschluß des DGB-Kreisvorstandes in ihre Organisationen hineinzutragen.

Gegenüber der Zeitung „Die Neue" erklärte ein Kreisvorstandsmitglied, wegen der „seltsamen Haltung" des DGB-Bundesvorstands zur Friedensbewegung und zu der Bonner Demonstration sei die Stimmung bei vielen Gewerkschaftern auf dem Siedepunkt angelangt. Es werde einen heißen Herbst geben.

Im Wortlaut: Schreiben des Ortsvereins Düsseldorf der IG Druck und Papier an den DGB-Vorsitzenden Vetter

„Hebt diesen verhängnisvollen Beschluß auf!"

„Lieber Kollege Vetter,

mit Überraschung haben wir der Presse entnommen, daß der DGB-Bundesvorstand es der Gewerkschaftsjugend verwehrt hat, sich an der Vorbereitung und Durchführung einer Großdemonstration für Frieden und Abrüstung am 10. Oktober in Bonn und gegen die Stationierung von neuen Atomwaffen in Europa zu beteiligen. Der Aufruf zu dieser Veranstaltung entstand bekanntlich in der Zusammenarbeit von niederländischen und deutschen Friedensorganisationen, wobei auf deutscher Seite die auch im DGB stets wohlangesehene ‚Aktion Sühnezeichen' zu den Initiatoren gehört.

Gewerkschaften von der Friedensbewegung abnabeln?

Zu den zahlreichen Verbänden und Organisationen, die sich spontan anschlossen, zählen die Jungsozialisten in der SPD, die Jungdemokraten, der Verband Deutscher Studentenschaften, Naturfreunde und Falken, ‚Frauen für den Frieden', der Versöhnungsbund, der Christliche Friedensdienst, der Bundesverband der Umweltschützer, das Komitee für Frieden und Abrüstung, die Deutsche Friedensgesellschaft/Verband der Kriegsdienstgegner usw., usf. Es ist für uns eine Selbstverständlichkeit, daß auch die Gewerkschaftsjugend bestrebt war, an der voraussichtlich größten Friedensdemonstration nach dem Zweiten Weltkrieg teilzunehmen, um die gewerkschaftliche Position im Rahmen dieser wachsenden Friedensbewegung zu verdeutlichen. Dem hat der DGB-Bundesvorstand nun ausdrücklich widersprochen.

Die vom Kollegen Schwab in der ‚Frankfurter Rundschau' für die Verbotsmaßnahmen angegebenen Gründe sind einfach unbegreiflich. Da wird zum einen gesagt, daß der DGB seine Position in der Friedensfrage nur ‚eigenständig' vertreten könne. Wieso aber, so fragen wir, muß das bedeuten, uns von der allgemeinen Friedensbewegung abzunabeln, uns zu separieren? Auch beim Kampf gegen den Atomtod hatten wir eine eigenständige Meinung und nahmen trotzdem an der allgemeinen Bewegung in den 50er Jahren teil. Auch in der Notstandsfrage hatten wir eine eigene Position und verstanden uns trotzdem als Teil der gesamten Antinotstandsbewegung. Wenn es ums Überleben geht, dann sind die Ideen aller gefragt, auch die des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Gerade er müßte sich wie einst im Kampf gegen den Atomtod und die Notstandsgesetze an die Spitze der Bewegung stellen.

Gilt das Grundsatzprogramm nur da, wo es der Führung paßt?

‚Die fortschrittlichen Jungen können nicht für die Gesamtorganisation Pflöcke stecken', erklärte Kollege Schwab gegenüber der ‚Frankfurter Rundschau' unter Hinweis auf die ‚plurale Großorganisation'. Wir dachten immer, daß die ‚Pflöcke' bereits auf dem letzten DGB-Bundeskongreß gesteckt worden seien. Im Grundsatzprogramm des DGB heißt es ausdrücklich, daß ‚Entspannung, Abrüstung und Frieden für die an der Nahtstelle zweier Bündnissysteme gelegene exponierte Bundesrepublik' ein ganz besonderes Gewicht hätten. Deshalb wurden alle ‚gewerkschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Kräfte in unserem Lande aufgefordert, Entspannungs- und Friedenspolitik zu unterstützen'.

Ausdrücklich fordert der DGB im Grundsatzprogramm das Verbot ‚der Entwicklung, der Herstellung, der Lagerung, der Weitergabe und der Anwendung atomarer Waffentechnologien'. Wenn das nicht Grund genug ist, sich gegen den sogenannten Nachrüstungsbeschluß zu wenden, mit dem ganz neue Waffensysteme installiert werden sollen, dann fragen wir uns, wozu solche Forderungen wie die im Grundsatzprogramm überhaupt gut sein sollen. Was wir beschlossen haben, das darf doch wohl hoffentlich auch von den ‚fortschrittlichen Jungen' im DGB vor aller Öffentlichkeit vertreten werden.

Aufruf der Aktion Sühnezeichen einseitig?

Absurd wird es, wenn der DGB-Bundesvorstand der ‚Aktion Sühnezeichen' vorwirft, ihr Aufruf sei ‚einseitiger Natur'. Was ist einseitig daran, wenn für ein atomwaffenfreies Europa eingetreten wird? Wenn von Europa die Rede ist, dann ist natürlich ganz (!) Europa gemeint. Wenn für eine wirksame Abrüstungsverhandlung eingetreten wird, dann sind West und Ost angesprochen.

In der ‚Frankfurter Rundschau' erklärte Kollege Schwab geheimnisvoll, daß man ‚Informationen' habe, auch der DKP-Parteivorstand habe seine Beteiligung an der Demonstration beschlossen und wolle sich um ‚Sitz und Stimme' im Vorbereitungskomitee bemühen. Was ist daran so erschreckend? Im DGB arbeiten wir seit Jahrzehnten mit kommunistischen Kollegen zusammen; warum soll das in der Friedensbewegung so unmöglich sein? Warum dient das als Grund, der DGB-Jugend die Teilnahme an einer Friedensdemonstration zu untersagen?

„Gänzlich absurd"

Gänzlich absurd wird es, wenn schließlich auch noch eine Klage der evangelischen Kirchen vor dem Bundesverfassungsgericht, mit dem die Kirchenoberen die Arbeitnehmervertretung der Gewerkschaften im kirchlichen Bereich verhindern wollen, als Grund dafür angeführt wird, nicht mit Christen in der Friedensbewegung zusammenzuarbeiten.

Frage: Was kann die ‚Sühnezeichen' für Fehlentscheidungen evangelischer Kirchenführer? Tatsache ist, daß gerade die jungen Christen, die mit uns gemeinsam für den Frieden demonstrieren wollen, oft auch diejenigen sind, die im innerkirchlichen Bereich für Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften eintreten. Hier sollte es also eher nahen Kontakt als Berührungsängste geben.

Gegen Aufrüstung und Sozialabbau

Aus all diesen Erwägungen sind wir der Meinung, daß das vom Bundesvorstand des DGB ausgesprochene Verbot zurückgenommen werden muß. Schon heute haben sich die Gewerkschaften mit den verheerenden Folgen steigender Rüstungslasten in der Form von Sozialabbau herumzuschlagen. Was nützen alle Klagen gegen den Sozialabbau, wenn wir nicht mithelfen, die Ursachen zu beseitigen? Daß die Gewerkschaften die größte Friedensorganisation sind, das können wir glaubwürdig vor unseren Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben nur durch Taten belegen.

Wir verstehen es deshalb, wenn es dem Kollegen Schwab, wie die ‚Frankfurter Rundschau' anmerkt, ‚offenkundig' schwergefallen ist, den Beschluß des Bundesvorstandes öffentlich zu vertreten. Wenn er in dem Zusammenhang das Eingeständnis machte, es könne ‚auf bestimmte Vorgänge' richtige und falsche Reaktionen geben, dann sind wir heute schon sicher: Es war und bleibt falsch, der Gewerkschaftsjugend mit solch fadenscheinigen Begründungen die Teilnahme an der Bonner Demonstration zu verbieten. Es kann deshalb nur eins geben: Hebt diesen verhängnisvollen Beschluß auf!"

Die Arbeitslosen sollen zur Ader gelassen werden

Hände weg vom Arbeitslosengeld!

Finanzmisere der Arbeitslosenversicherung wird durch Unternehmer und Regierung erzeugt

Im Rahmen des geplanten Feldzugs gegen Sozialleistungen sollen nicht zuletzt die Arbeitslosen rücksichtslos zur Ader gelassen werden. Von einer Kürzung des Arbeitslosengeldes von derzeit maximal 68 Prozent des Nettolohns auf 60 Prozent ist die Rede. Ferner will man durch die Verlängerung der Sperrzeiten und durch verschärfte Zumutbarkeitserlasse mehr Arbeitslosen als bisher das Arbeitslosengeld überhaupt entziehen. Aber nicht nur die Arbeitslosen, sondern darüber hinaus alle Arbeiter und die Angestellten will man für die Finanzmisere der Arbeitslosenversicherung haftbar machen: Auch die Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung ist „im Gespräch". Warum wir Kommunisten alle derartigen Pläne grundsätzlich und kompromißlos ablehnen, soll der folgende Beitrag erläutern.

Wer treibt hier eigentlich Mißbrauch?

Eine infame Hetzpropaganda, mit der systematisch der Bevölkerung Sand in die Augen gestreut wird, soll den Eindruck erwecken, als wären die Arbeitslosen zu einem großen Teil Schmarotzer, die „der Allgemeinheit" auf der Tasche liegen. Je mehr sich die Finanzmisere der Arbeitslosenversicherung zuspitzt, und sie spitzt sich in der letzten Zeit lawinenartig zu, desto hemmungsloser wird das Geschrei der Politiker und Unternehmerverbände vom sogenannten „Leistungsmißbrauch".

Damit sollen die Leute glauben gemacht werden, eine wesentliche Ursache für das Milliardenloch in der Kasse der Arbeitslosenversicherung liege darin, daß viele Arbeiter und Angestellte zu Unrecht Leistungen der Arbeitslosenversicherung in Anspruch nehmen.

Die Wahrheit sieht anders aus. Nicht etwa, daß wir der Meinung wären, mit den Geldern, die von den Arbeitern und Angestellten in Form der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung aufgebracht werden, würde kein Mißbrauch betrieben. Da wird allerdings ein skandalöser Mißbrauch betrieben, der in Milliardenverlusten zu Buche schlägt! Jedoch nicht seitens derer, die Arbeitslosengeld beziehen (da gibt es natürlich auch einige wenige schwarze Schafe, aber die fallen nur relativ unbedeutend ins Gewicht), nicht seitens angeblich „unechter" oder „fideler" Arbeitsloser, sondern seitens des Staates und der Unternehmer.

Der Staat und die Unternehmer sind es, die sich nachweislich unter dem Vorwand sogenannter Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (die in vielen Fällen gar keine echten sind) hemmungslos aus den Kassen der Arbeitslosenversicherung bedienen.

Welches Ausmaß diese Zweckentfremdung der Beitragsgelder hat, deutet sich bereits an, wenn man die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit nur einmal einer flüchtigen Betrachtung unterzieht. Das nebenstehende Zahlenbeispiel zeigt, daß in den letzten Jahren nur etwas mehr als ein Drittel der Beitragsgelder für die Arbeitslosenversicherung überhaupt ihrem wirklichen Zweck, nämlich der Zahlung von Arbeitslosengeld, zugeführt wurden. Hier liegt der wirkliche Mißbrauch, von dem allerdings in der sogenannten „Debatte über Leistungsmißbrauch" so gut wie gar nicht die Rede ist!

Wir sind nun nicht etwa der Meinung, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht notwendig wären. Aber erstens dient der Großteil der Milliardenbeträge, die unter dem Stichwort „Arbeitsbeschaffung" aus den Beitragsgeldern der Arbeiter und Angestellten abgezweigt werden, weder der Schaffung noch der Erhaltung von Arbeitsplätzen, sondern schlicht der Bereicherung von Unternehmern (der nebenstehende Bericht über die „Umschulungsmaßnahme" bei einer Gelsenkirchener Baufirma gibt ein Beispiel dafür). Und zweitens ist überhaupt nicht einzusehen, warum Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (auch wenn es sich um echte handelt) ausgerechnet mit den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung finanziert werden sollen.

Wer ist denn verantwortlich für die Arbeitslosigkeit? Etwa die Arbeiter und Angestellten? Die Arbeitslosigkeit ist doch das Ergebnis des kapitalistischen Profitsystems!

Die Kapitalisten sind es, die mit ihrer sogenannten „freien Marktwirtschaft" die Wirtschaftskrise heraufbeschwören. Sie sind es, die mit Massenentlassungen und Stillegungen ihr Schäfchen ins Trockene bringen, wenn die Anarchie des „freien Marktes" zu Überkapazitäten führt. Sie sind es, die durch Reallohnabbau die Massenkaufkraft einschränken und die das Mißverhältnis zwischen wachsender Produktion und viel zu geringer zahlungsfähiger Nachfrage immer verschärfen! Sie sind es, die durch Rationalisierungsfeldzüge rücksichtslos Arbeitsplätze vernichten und das Heer der Arbeitslosen vergrößern!

Mit welchem Recht läßt man also die Arbeiter und kleinen Angestellten zur Ader, wenn es um die Folgekosten der Arbeitslosigkeit geht?

Im Grund genommen fängt die Ungerechtigkeit ja bereits dabei an, daß die Arbeitslosenversicherung überhaupt aus Abgaben der Lohnabhängigen finanziert wird. Von rechts wegen müßten doch dafür diejenigen aufkommen, die nur von der Arbeit der Lohnabhängigen existieren, sich den durch diese Arbeit erzeugten Reichtum aneignen und die zugleich auch das Recht auf Arbeit und Erwerb aus Profitgier mit Füßen treten, die Kapitalisten nämlich!

Faß ohne Boden

Der Zweck des ganzen Geschreis vom „Leistungsmißbrauch" ist es, den Boden dafür zu bereiten, daß die Finanzmisere der Arbeitslosenversicherung durch eine Reihe von Maßnahmen auf diejenigen abgewälzt wird, die für diese Misere überhaupt nicht verantwortlich sind, auf die Arbeiter, unteren Angestellten und die kleinen Beamten (letztere sollen eventuell durch eine sogenannte Arbeitsmarktabgabe zur Kasse gebeten werden).

Die wichtigsten Maßnahmen in dieser Richtung, die zur Zeit „in die Diskussion" gebracht sind, heißen: Kürzung des Arbeitslosengeldes von derzeit maximal 68 Prozent des Nettolohnes auf 60 Prozent; Verschärfung der Zumutbarkeit bei der Stellenvermittlung für Arbeitslose (das bedeutet Einschränkung der Möglichkeit, einen unzumutbaren Arbeitsplatz abzulehnen); Ausweitung der Sperrzeiten beim Arbeitslosengeld von vier auf sechs bzw. sogar acht Wochen; Anrechnung von Abfindungen auf das Arbeitslosengeld bzw. auch von Unternehmerzuschüssen auf das Arbeitslosengeld bei älteren Arbeitslosen, die nach ihrer Entlassung vorzeitig in Rente gehen; Streichung sozialer Vergünstigungen für Arbeitslose; nicht zuletzt: Erhöhung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung.

Der DGB-Vorsitzende Vetter hat eindeutig erklärt, daß der DGB jede Kürzung des Arbeitslosengeldes ablehnt. Das ist erfreulich! Allerdings kommt es darauf an, diesem Standpunkt durch gewerkschaftliche Aktionen, durch die Organisierung von Massenprotesten entsprechenden Nachdruck zu verleihen.

Die Herren in Bonn müssen zu der Erkenntnis gebracht werden, daß es sich hier nicht nur um Worte handelt, sondern, daß der DGB an diesem Punkt nicht mit sich spaßen läßt (nach dem Motto: „Legt ja nicht Hand an das Arbeitslosengeld, sonst tanzt der Hammer!").

Auch die anderen aufgezählten Einschränkungen müssen vom DGB ebenso klar und konsequent abgelehnt und bekämpft werden. Gerade in dieser Sache gilt in besonderem Maße die Regel: „Wenn Du den kleinen Finger hinhältst, wird Deine ganze Hand genommen".

Es ist ganz klar, daß die jetzigen Angriffe auf die Arbeitslosen und auf die Beitragszahler der Arbeitslosenversicherung weder die letzten noch die weitestgehendsten sein werden. Im Gegenteil. Das Milliardenloch in der Arbeitslosenversicherung breitet sich jetzt lawinenartig aus. Und sein Anwachsen wird zur Folge haben, daß neue und noch brutalere Streichungen bzw. Beitragserhöhungen gestartet werden.

Es ist keine Übertreibung, hier eine Lawine als Vergleich zu nehmen. Noch vor wenigen Wochen wurde das voraussichtliche Defizit im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit (BfA) mit acht Milliarden DM für 1981 und mit zehn Milliarden DM für 1982 veranschlagt. Infolge der neuesten Prognosen über die Verschärfung der Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr ist inzwischen bereits von einem Haushaltsloch in Höhe von 12 oder gar 13 Milliarden DM die Rede!

Man muß bedenken, daß die Verschärfung der Wirtschaftskrise bzw. das Anwachsen der Arbeitslosigkeit die Versicherungskasse doppelt trifft: zum einen erhöhen sich die Ausgaben für Arbeitslosengeld; im gleichen Verhältnis verringert sich auf der anderen Seite aber der Umfang der Beitragszahlungen, denn wer Arbeitsloser oder Frührentner ist, zahlt ja keinen Beitrag.

Der Bevölkerung wird von den Politikern und Unternehmerverbänden erzählt, um den Haushalt der Arbeitslosenversicherung zu sanieren müßten halt Opfer gebracht werden. Das ist jedoch eine bewußte Lüge.

Diese Herren wissen genau, daß der Haushalt der Arbeitslosenversicherung in einer Situation, in der es nicht die geringsten Aussichten auf die Wiederherstellung der vielzitierten „Vollbeschäftigung" gibt, wo vielmehr eine weitere und massive Verschärfung der Wirtschaftskrise so sicher ist wie das Amen in der Kirche —, daß in einer solchen Lage der Haushalt der Arbeitslosenversicherung ein Faß ohne Boden ist, das immer mehr Zuschüsse verschlingt und sich dennoch immer weniger füllen läßt.

Wo liegt die Lösung?

Wenn die Herren in Bonn also jetzt das Arbeitslosengeld kürzen und die Beiträge erhöhen usw., dann wissen sie sehr wohl, daß dadurch überhaupt nichts saniert wird. In diesem Zusammenhang ist sehr interessant, was der Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit, Dieter Mertens, in einem Beitrag in der Wochenzeitung „Die Zeit" festellt. Mertens kritisiert die „Mißbrauchs-Diskussion" genau von der Erkenntnis aus, daß eine Sanierung der Arbeitslosenversicherung bei einer Verschärfung der Arbeitslosigkeit völlig illusionär ist und stellt dazu folgendes fest: *„Daraus wird deutlich, daß die bisherige Diskussion den Kern des Problems auch unter dem Aspekt der Haushaltslage der Behörde nicht trifft (unter sozialen und politischen Gesichtspunkten sowieso nicht). Da Einsparungen keine Arbeitsplätze schaffen, die gesamte Spardiskussion aber den Blick auf das eigentlich Notwendige (nämlich ausgreifende beschäftigungspolitische Strategien für die Periode, in der die starken Jahrgänge auf den Markt drängen, verstellt, droht Jahr für Jahr eine erneute hektische Erörterung um die Verminderung des Leistungsaufwandes und um die Beschneidung der Aktiven Arbeitsmarktpolitik. Beides aber bewirkt nur eine Verschärfung der Situation der Arbeitslosen selbst, nicht aber eine Verbesserung der Haushaltslage der Behörde."*

Genau da liegt der Hase im Pfeffer! Es liegt uns selbstverständlich fern, zu glauben, die Misere der Arbeitslosenversicherung könne durch Reformen überhaupt grundlegend gelöst werden. Die Existenz der Arbeitslosenversicherung als solche ist ja nur Ausdruck der Misere der Arbeitslosen, sie ist überhaupt Ausdruck dieser Geisel des Kapitalismus. Die wirkliche Lösung des Problems kann nur darin bestehen, den Kapitalismus zu stürzen und damit die Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen.

Zu dieser radikalen Schlußfolgerung wagt sich Dieter Mertens natürlich nicht vor. Wir geben ihm aber dennoch recht. Insofern nämlich, daß eine relative Sanierung, eine, wenn auch unzulängliche und zeitweilige, Reparatur des Fasses ohne Boden nur durch eine konsequente Politik der Eindämmung und Verminderung der Arbeitslosigkeit durch die Bundesregierung möglich ist. Durch eine aktive Beschäftigungspolitik also, die der DGB ja seit Jahren vergeblich fordert!

Eine solche Politik allerdings setzt voraus, daß die Profite der Kapitalisten eingeschränkt, daß vor allem die Großkonzerne zur Kasse gebeten werden und daß der maßlos aufgeblähte Rüstungshaushalt rigoros gekürzt wird. Denn wo sollten sonst die Finanzmittel für eine solche Politik herkommen? Daß die Bundesregierung sich mit Zähnen und Klauen gegen derartige Forderungen wehren wird, ist klar.

Die Arbeiterklasse wird sich gegen die Angriffe auf die sozialen Leistungen aber nur erfolgreich wehren können, wenn sie den konsequenten Widerstand gegen konkrete Angriffe, wie etwa gegen die beabsichtigte Kürzung des Arbeitslosengeldes, mit offensiven Forderungen verbindet, wie der nach einer aktiven Beschäftigungspolitik der Bundesregierung im Interesse der Werktätigen.

Was geschieht mit den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung?

Die Bundesanstalt für Arbeit (BfA) gibt zur Zeit fast zwei Drittel der Versicherungsbeiträge nicht für unmittelbare Leistungen an die Arbeitslosen aus, also für Arbeitslosengeld, sondern für andere Zwecke, vor allem für sogenannte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Im Jahr 1979, als die Arbeitslosigkeit ihren niedrigsten Stand seit 1975 (dem ersten Höhepunkt der gegenwärtigen Krise) erreicht hatte, betrugen die Gesamteinnahmen der BfA 17,5 Milliarden DM. Die Gesamtausgaben betrugen 19,74 Milliarden DM. Für Arbeitslosengeld gab die BfA jedoch lediglich 7,47 Milliarden DM aus. 1980 betrugen die Gesamtausgaben 21,67 Milliarden DM. Die Ausgaben für Arbeitslosengeld hingegen nur 8,11 Milliarden DM. Auch 1981 sollen die Ausgaben für Arbeitslosengeld trotz der sprunghaft gestiegenen Arbeitslosigkeit noch immer weniger als die Hälfte der Gesamtausgaben ausmachen: die Gesamtausgaben sind mit 27,6 Milliarden DM veranschlagt, die Ausgaben für Arbeitslosengeld dagegen nur mit 13,4 Milliarden DM.



Arbeitslose in Frankfurt

Wie sich die Firma Korosec an der Arbeitslosenversicherung bereichert

Am 23. Januar 1975 wurde in Gelsenkirchen ein „zukunftsweisendes Modell der Arbeitsbeschaffung" ins Leben gerufen. Unterstützt wurde das Modell von der IG Bau, Steine, Erden. Deren Sekretär Mehring bei einer Feier aus Anlaß des Projektes: „Wenn wir viele derartigen Unternehmen hätten, gäbe es bald kaum noch Arbeitslose".

Wie aber sieht es mit dem Projekt wirklich aus? Die Bau-Firma Korosec stellt 240 „Umschulungsplätze" für Arbeitslose zur Ausbildung zum Feuerungsmaurer zur Verfügung. Ausbildungszeit: neun Monate. Nach Abschluß der Ausbildung erhält jeder Teilnehmer ein Zertifikat als Feuerungsmaurer.

Der Haken ist nur: Dieses Zertifikat ist nicht einmal das Papier wert, auf das es gedruckt ist. Die Firma Korosec hat nach Auskunft der Handwerkskammer gar keine Lizenz zu einer Berufsausbildung. Die „Umschüler" werden auch gar nicht ausgebildet, sondern von der Firma Korosec an andere Firmen „ausgeliehen", die für die Firma Korosec Aufträge auf Baustellen ausführen.

Wenn die Umschüler sich dagegen wehren, werden sie gefeuert. Die Firma Korosec kassiert für diese Umschüler 60 Prozent des Lohnes aus der Arbeitslosenversicherung. Sie verfügt damit also über superbillige Arbeitskräfte.

Einer der geprellten Kollegen, Michael Schefer, 36 Jahre alt, wurde auf der Stelle gekündigt, als er erkrankte. Er klagte auf Wiedereinstellung, bekam nach einem Jahr zwar Recht, aber nur insofern, daß die Firma ihm das Geld für die restliche „Umschulungszeit" nachzahlen mußte.

Er schrieb dann an Behörden, Minister, Politiker, Verwaltungen usw., um dem Schwindel der Firma Korosec ein Ende zu machen. Aber überall wurde nur mit Ausreden und Ausweichen reagiert.

Bundesarbeitsminister Ehrenberg, dem Michael Schefer einen Einschreibebrief geschickt hatte, erklärte zunächst, der Brief sei verloren gegangen. Nach nochmaligem Nachhaken des Kollegen antwortet der Bundesminister dann: „Leider vermag ich aus Ihrem Schreiben nicht zu entnehmen, woran Ihnen gelegen ist".

Es ist ganz klar: Die Praktiken wie im Fall Korosec sind allgemein üblich und werden von Regierung und Behörden bewußt gedeckt!

DGB und Bundeswehr — gemeinsame Aufgaben?

Bundesvorstand unterstützt NATO-Kriegskurs

BONN. — Die DGB-Führung scheint entschlossen, ihre in den letzten Wochen deutlich gewordenen Versuche, die sich in unserem Land entwickelnde antimilitaristische Friedensbewegung zu sabotieren, mit aller Konsequenz fortzusetzen. Ein neuer Höhepunkt in diesem arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Bemühen ist eine am Wochenende bekanntgewordene gemeinsame Erklärung der DGB-Bonzen mit den Spitzen der Bundeswehr, in deren Rahmen eine enge Zusammenarbeit festgelegt und alle grundlegenden antimilitaristischen Forderungen der Arbeiterklasse mit Füßen getreten werden.

Anfang Juli einigte man sich nach längeren geheimgehaltenen Beratungen in den Führungsgremien von DGB und Bundeswehr auf eine „gemeinsame Erklärung für die künftige Zusammenarbeit", die als „interne Hilfestellung für den beiderseitigen Umgang miteinander" gedacht sein soll. Für den DGB wird das bedeuten, daß er seine Mitglieder zur Einhaltung der hier beschlossenen Grundsätze verpflichten wird. Auf jeden Fall wird er das versuchen.

„In früheren Zeiten", so heißt es in dem Papier, sei das Verhältnis von Militär und Gewerkschaft starken Belastungen ausgesetzt gewesen. „Bewaffnete Macht war auch ein Mittel des Obrigkeitsstaates, die Forderungen organisierter Arbeitnehmer und die Entfaltung des demokratischen Willens der Bürger zu unterdrücken." Das aber habe sich grundlegend geändert: „Überkommene gegenseitige Vorbehalte aus diesem historischen Spannungsverhältnis entbehren heute jeglicher Grundlage. Das Festhalten an Vorbehalten würde die Erfüllung der im Interesse aller Bürger und dieses Staates liegenden Aufgaben stören und behindern." „Der Auftrag der Bundeswehr ist ... aktiver Dienst für den Frieden." DGB und Militär erklären es zu ihrer gemeinsamen Aufgabe, „unseren freiheitlichen, demokratischen Rechtsstaat zu erhalten und die vom Grundgesetz gewährleistete Freiheit politischer und sozialer Selbstverwirklichung zu schützen."

All diese Feststellungen erweisen sich schon dann als schamlose Verdrehung der Tatsachen, wenn man nur die Zustände innerhalb der Bundeswehr betrachtet. Jeder Rekrut erfährt am eigenen Leibe, daß das Militär nach wie vor der Hort der Unfreiheit und Reaktion ist. Drill, Schikane und politische Erziehung im Geiste des Militarismus und Revanchismus bestimmen den Bundeswehralltag. Wer sich für die Menschenrechte seiner Kameraden einsetzt, wer gewerkschaftliche Forderungen durchsetzen will, der wandert in den Bau. Wer als Soldat in Uniform seine Zugehörigkeit zur antifaschistischen und Arbeiterbewegung demonstrieren will, wird disziplinarisch bestraft. Wenn die DGB-führung erklärt, es gäbe keine Grundlagen mehr für ein „Spannungsverhältnis" zur Bundeswehr, heißt das nichts anders, als daß sie selbst den Kampf für elementare demokratische Rechte der Soldaten abschreiben will.

Man geht hier offenbar übereinstimmend davon aus, daß eine solche Veränderung der Verhältnisse in der Bundeswehr diese bei der Erfüllung ihres Auftrages behindern würde...

„Keine Grundlage" sehen die Bonzen damit auch für einen Widerstand gegen die Funktion, die der Bundeswehr als Bürgerkriegstruppe im Falle eines „inneren Notstandes", im Falle von Arbeiterunruhen also, zukommen wird und für die sie heute bereits das Besetzen von Fabriken üben läßt.

In Wahrheit hat sich nichts geändert an der Funktion der Armee für den imperialistischen Staat, für die Bundesrepublik ist. Wie alle imperialistischen Armeen dient sie der Aggression nach außen und der Niederhaltung des eigenen Volkes im Innern. Gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik, gegen die Aufstellung einer solchen Armee haben Gewerkschafter in Westdeutschland gekämpft. Zahlreiche DGB-Funktionäre forderten auf Drängen und mit Unterstützung der Basis ein klares „Nein" zur Bundeswehr. So führte zum Beispiel der bayerische DGB-Vorsitzende Lorenz Hagen 1952 aus, Militär habe in Deutschland immer Militarismus bedeutet, und in der deutschen Geschichte sei die Armee immer ein Instrument gegen die Arbeiterklasse gewesen. Niemand, der um diese geschichtliche Erfahrung und um die „derzeitige Stärke der Demokratie in der Bundesrepublik" wisse, könne annehmen, daß es nun anders sein solle. Die entscheidenden DGB-Führer intrigierten und erpreßten schon damals. Hagen fiel um wie so viele andere. Sie traten den Willen der Gewerkschafter mit Füßen. Wie sie damals denjenigen halfen, die deutsche Soldaten zum antibolschewistischen Revanchefeldzug mobilisieren wollten, so stehen die heutigen Bonzen an der Seite derer, die unser Volk für die Kriegsziele der NATO bluten lassen wollen.

Denn was es mit der „Verteidigung der Bundesrepublik", die in der Erklärung beschworen wird, auf sich hat, daran läßt das Papier ebenfalls keinen Zweifel. Es schreibt, und das ist gerade zum heutigen Zeitpunkt von immenser politischer Tragweite, das Bündnis mit den USA als unverzichtbar fest. **Beide Seiten sei sind sich einig, so heißt es, daß die Bundesrepublik in die NATO eingebunden bleiben müsse.**

Diese Erklärung nahezu vollständiger Übereinstimmung der politischen Ziele und Absichten zwischen der Gewerkschaftsführung und der Generalität der imperialistischen westdeutschen Armee verfolgt zu einer Zeit, in der mehr denn je das eigenständige klassenmäßige Handeln der Arbeiterschaft im Kampf gegen die akute Gefahr eines neuen Weltkrieges gefordert ist, wenn sie, wenn unser Volk überleben soll. Das Treuebekenntnis der DGB-Führung zum Militär, die gemeinsame Gefolgschaftserklärung gegenüber der NATO erfolgt in einer Situation, da sich immer mehr Arbeiter und besonders die aktiven Gewerkschafter im Friedenskampf engagieren oder engagieren wollen, in der auch der Gedanke einer atomwaffenfreien und blockfreien Bundesrepublik Raum gewinnt, weil er sich geradezu zwingend ergibt, wenn man den von der Ablehnung neuer US-Atomraketen ausgehenden Friedenskampf zu Ende überdenkt.

Schon diesen Kampf gegen die Atomraketen versuchen verschiedene DGB-Führer ja mit aller Macht zu verhindern, gegen den erklärten Willen Zehntausender Gewerkschaftskollegen.

Die gemeinsame Erklärung erfolgt kurz vor dem 1. September, dem Antikriegstag, an dem die Kollegen massive gewerkschaftliche Aktionen erwarten und an dem bestimmt Aktionen auch bereits angesetzt sind. Die Erklärung setzt einen inhaltlichen Schwerpunkt, der, wenn er sich tatsächlich im Charakter der Demonstrationen und Veranstaltungen niederschlagen sollte, diesen die politische Stoßkraft nimmt und die Arbeiterbewegung in dieser lebenswichtigen Frage in die Irre führt.

Die gemeinsame Erklärung erfolgt kurz vor der für den 10. Oktober angesetzten Friedensdemonstration in Bonn, die die größte in der Geschichte der Bundesrepublik zu werden verspricht, an der sich aber die Gewerkschaftsmitglieder nach dem Willen der Bonzen sowieso nicht beteiligen sollen, für die eine Teilnahme von Gewerkschaftsorganisationen wie der DGB-Jugend verboten haben.

Das ist eine ungeheure Herausforderung für alle Gewerkschafter, eine große Belastung für die westdeutsche Gewerkschaftsbewegung. Es ist die letzte, aber logische Konsequenz der Sozialpartnerschafts-Ideologie, von der Arbeiterklasse ein weitgehendes Stillhalten nicht nur bei der täglichen Ausbeutung im Betrieb, eine Hinnahme von Betriebsstillegungen und Massenarbeitslosigkeit, sondern auch ein williges Marschieren und Sterben für die Profitinteressen des Kapitals zu verlangen!

Aber die Gewerkschaften, das sind nicht die Bonzen. Die Gewerkschaft — das sind die Millionen Kollegen, die für ihre Rechte kämpfen wollen. Sie müssen dem gewerkschaftsfeindlichen Treiben der Führung ein Ende bereiten!

Schon jetzt tritt immer mehr eine Situation ein, wie sie in der DGB-Jugendzeitung „Solidarität" angesichts des Demonstrationsverbots am 10. Oktober und der anhaltenden Versuche, die Gewerkschaften von der Friedensbewegung fernzuhalten, so beschrieben wird: „Wenn wir in dieser grundsätzlichen Frage nicht weiterkommen, so werden wir in Zukunft wohl weitere Beispiele erleben, daß zwar die Gewerkschaftsjugend bei wichtigen ... Fragen als Organisation nicht präsent ist, aber ein großer Teil der Teilnehmer ihre Mitglieder sind...". Das gilt nicht nur für die Jugend.

Und das ist gut so. Ziel muß es aber auch sein, dafür zu sorgen, daß nicht lange mehr die heutige Führung im Namen der Gewerkschaft sprechen kann, sondern die Kollegen das Heft selbst in die Hand nehmen. Konsequent angepackt wird dieser Kampf von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO), die auch zur Friedensbewegung klar Stellung bezogen hat: „Diesem reaktionären Kurs der Gewerkschaftsführung muß in den nächsten Wochen und Monaten bis zum Antikriegstag am 1. September und darüberhinaus eine entscheidende Niederlage beigebracht werden. Es darf keine Kundgebung und keine Demonstration mehr geben ohne Beteiligung und Unterstützung durch unsere Gewerkschaften. In dieser Frage von Leben und Tod dürfen die Gewerkschaften nicht länger abseits stehen. Im Gegenteil: **Die Gewerkschaften müssen zum Hauptträger und Hauptorganisator einer mächtigen und breiten Friedensbewegung werden.**" („RGO-Nachrichten" 7/8 '81)

Dazu müssen alle aufrechten Gewerkschafter einen Strich durch die Rechnung derer machen, die sie nun auch noch zu einem Anhängsel der bundesdeutschen Militärpolitik degradieren wollen!

IGM-Stahlarbeiterkonferenz



In der Siegener Bismarckhalle fand am 22.7.81 eine von der IGM organisierte Stahlarbeiterkonferenz der Stahlkocher aus dem Siegerland statt. Thema war die Arbeitsplatzvernichtung durch die Stahlkonzerne, im Mittelpunkt standen die Abbaumaßnahmen von Hoesch und Krupp in den kleineren Zweigwerken des Siegerlandes. Knapp 1000 Kollegen waren gekommen.

Die Rede des IGM-Führers Judith berührte die wesentlichen Forderungen der Kollegen zur Sicherung der Arbeitsplätze — 35-Stunden-Woche, Herabsetzung des Rentenalters — überhaupt nicht. Judith sprach allein von Umstrukturierung im Rahmen der EG-Politik und ließ durchblicken, daß die IGM-Führung noch weitere Entlassungen, die Vernichtung noch weiterer Arbeitsplätze als unvermeidlich ansieht.

Dagegen sprachen sich zwei Betriebsräte von Hoesch bzw. Krupp/Westfalen für die Verhinderung jeder weiteren Arbeitsplatzvernichtung aus. Sie unterstrichen die katastrophalen Folgen, die solche Maßnahmen für das gesamt Siegerland nach sich ziehen würden.

Hände weg von der Lohnfortzahlung!

Begonnen hatte vor wenigen Wochen der Zentralverband des deutschen Handwerks damit, fortgesetzt hatten es die „Jungen Unternehmer". In der vorletzten Woche war dann Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff dran und jetzt ist es schon in den Sparplänen der Regierung enthalten: der Angriff auf die Lohnfortzahlung.

Die „teuerste Wohltat der letzten zehn Jahre" sei die sechswöchige Fortzahlung des Lohns durch die Unternehmer im Krankheitsfall — so hetzte der adlige Wirtschaftsminister. Die Lohnfortzahlung beschneide die Möglichkeit zu neuen Investitionen ganz entscheidend und hindere deswegen die Unternehmer daran, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Das war das Argument der „Jungen Unternehmer". Die Lohnfortzahlung sei der Grund für den „ständig überhöhten" Krankenstand, das war die Behauptung des Handwerksverbandes.

Aber es waren nicht nur diese Teile der Kapitalistenklasse, die in den letzten Wochen eine plötzlich intensivierte Kampagne gegen dieses Recht der Arbeiter führten. In verschiedenen Organen, auf verschiedenen Konferenzen und in Stellungnahmen der großen Monopole und der Unternehmerverbände wurde seit einiger Zeit nahezu ununterbrochen gegen die Lohnfortzahlung gehetzt.

Das Ergebnis, das nun auf der Hand liegt, ist für diese Herren, die sich selbst nie krankmelden müssen, erst ein Anfang. Lambsdorff hatte drei Tage Karenzzeit gefordert, in denen im Krankheitsfall kein Lohn bezahlt werden sollte, und der SPD-Finanzminister Matthöfer, einst immerhin hoher IG-Metall-Funktionär, hat in seinen jetzt veröffentlichten Sparentwürfen bereits einen Karenztag eingerechnet.

Einen Tag Karenzzeit, so Matthöfers Sparkommissare, das würde für die Unternehmer eine Ersparnis von 2,6 Milliarden DM bedeuten. Mag diese Zahl nun genau stimmen oder nicht: Es handelt sich um riesige Beträge, die den Arbeitern zustehen, die ihnen jetzt mit einem Federstrich weggenommen werden sollen.

Fast 25 Jahre ist es her, daß die norddeutschen Metallarbeiter in einem langandauernden Streik dieses Recht erkämpft haben. Die Lohnfortzahlung, das war für die Arbeiter von jeher nicht nur eine Frage des Geldes, sondern eine Frage dessen, daß man nicht für Krankheit auch noch durch finanzielle Einbußen bestraft werden darf.

Es geht um unsere Gesundheit — das war damals eines der entscheidenden Argumente für die Forderung nach Weiterzahlung des Lohns. Daran hat sich bis heute nichts geändert; für die Arbeiter steht das Problem genauso. Es ist eine der Kernfragen sozialer Sicherheit, ob Krankheit Armut bedeutet oder nicht.

Denn man muß klar sehen, daß es den Unternehmern nicht um einen oder zwei Karenztage geht. Es geht ihnen grundsätzlich darum, die Lohnfortzahlung wieder abzuschaffen, die sie damals, unter dem starken gewerkschaftlichen Druck, zugestanden haben. Hier wollen sie jetzt eine Bresche schlagen, einen Anfang machen, einen Prozeß einleiten, an dessen Ende die Erfüllung ihres Wunsches nach Abschaffung dieses so wichtigen Rechts stehen soll.

Es geht also um beides, sowohl darum, diesen grundlegenden Angriff zu stoppen, als auch darum, keine Konzession zu machen und auch darum, nicht auch noch hier weitere Einbußen am Lohn hinzunehmen. Vertreter des DGB erklärten bereits, die Lohnfortzahlung sei für die Gewerkschaften ein absolutes Tabu, daran dürfe nicht gerüttelt werden. Und so muß es auch sein. Nur reicht es auch hier nicht, Erklärungen abzugeben. Wenn die DGB-Führung wirklich diese Errungenschaft verteidigen will, dann müssen auch Aktionen vorbereitet werden, dann muß zum Widerstand gerüstet werden. Denn dieser damalige Sieg im Kampf um die Lohnfortzahlung war ja auch seitdem einer der zentralen Punkte gewerkschaftlichen Selbstbewußtseins in der Bundesrepublik, und durchaus zu Recht, war er doch äußerst hart erkämpft worden.

Dies jetzt nur mit papierenem Widerstand über die Bühne gehen zu lassen, wäre nicht nur ein entscheidender politischer Rückschlag eben für dieses gewerkschaftliche Selbstbewußtsein, sondern würde auch weiteren Angriffen auf elementare Rechte und Errungenschaften der Arbeiter Tür und Tor öffnen.

Dazu kommt, daß die Einführung von Karenzzeiten, auch wenn sie jetzt im Rahmen der staatlichen Sparmaßnahmen popularisiert werden soll, auch wenn sie von der Regierung direkt vorgeschlagen wird, in keiner Weise Einfluß auf die Staatskasse hat. Es handelt sich um eine bloße und direkte Maßnahme zur Umverteilung von Arbeitergeld direkt in die Tresore der Unternehmer, vor allem der großen Monopole. Sie erhalten dadurch Milliarden und die Peitsche, mit der sie kranke Arbeiter antreiben können. Auch aus diesem Grund muß der Kampf gegen jeden Versuch, an der Lohnfortzahlung zu kürzen, einer der zentralen Kämpfe gegen die Krisenangriffe auf die arbeitenden Menschen dieses Landes sein.

Atomkriegs-Bildung

Kieler Uni gründet „Sicherheitspolitisches Institut“

„Im großen und ganzen wissen wir alle sehr wohl, was in Europa zu tun ist. Das Problem hier ist die Schaffung des politischen Willens zur Aufbietung der Mittel, damit wir tun können, was nötig ist.“

Der sich hier Gedanken darüber macht, was in Europa zu tun sei und auch eine Antwort parat hat, ist kein Europäer. Es ist der US-amerikanische stellvertretende Kriegsminister Carlucci, und die zitierte Äußerung fiel während der NATO-Wehrkundetagung Anfang dieses Jahres.

Was die Amis in Europa vorhaben, ist bekannt. Sie wollen es zur Abschußrampe ihrer Atomraketen und zum Schlachtfeld eines neuen Krieges machen, den sie zwecks Eroberung der absoluten Weltherrschaft vorbereiten. Und es finden sich tatsächlich Europäer, es finden sich Deutsche, die ihnen bei der „Schaffung des politischen Willens“, der dafür benötigt wird — des politischen Willens, die Lebensinteressen der europäischen Völker zu verkaufen — helfen wollen.

Einer von ihnen ist der Kieler Professor Werner Kaltefleiter.

Werner Kaltefleiter ist für diese Hilfe durchaus ein geeigneter Mann. Die Amis wissen das. Zu seinen Empfehlungen gehört beispielsweise, seit zehn Jahren der einzige Vertreter einer deutschen Universität bei der exklusiven Wehrkundetagung in München zu sein. Mit „sicherheitspolitischen“ Vorträgen war er auf zahlreichen internationalen Konferenzen vertreten.

Dieser Kaltefleiter legte kürzlich in einer „Denkschrift zur Gründung eines Instituts für Sicherheitspolitik“ an der Kieler Christian-Albrechts-Universität seine Überlegungen dar, mit denen er auch den Wünschen der US-Regierung zu entsprechen hofft.

Manipulation der öffentlichen Meinung

Nach dem Vorbild der USA will er dem „Fach Sicherheitspolitik“ in Forschung und Lehre einen bedeutenden Platz einräumen. In den USA werden in diesem dort „National Security“ genannten Fach an etwa 450 Universitäten und Colleges Lehrveranstaltungen angeboten. Einen zentralen Raum nimmt dabei die Beschäftigung mit den Problemen der nuklearen Rüstung ein. Im Klartext: Dort werden die Studenten mit der Kriegsstrategie des US-Imperialismus vertraut gemacht und praktisch und ideologisch geschult, damit sie im Rahmen dieser Strategie im Militär und in der Politik die notwendigen Aufgaben übernehmen und die Bevölkerung im Sinne dieser Strategie beeinflussen können.

Mit der Gründung des genannten Instituts und der Einrichtung eines entsprechenden Studiengangs sieht Kaltefleiter unter anderem die Möglichkeit zur „systematische(n) Ausbildung junger Menschen mit der Zielsetzung, die sicherheitspolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland mittelfristig auf eine profundere Grundlage zu stellen“, gegeben. Denn: „Sicherheitspolitische Fragestellungen drängen verstärkt in die allgemeine außenpolitische Diskussion ein und erfahren in der Öffentlichkeit eine Behandlung, die nur als durch wenig Sachkenntnis gekennzeichnet zu beschreiben ist. Ideologische Postulate treten an die Stelle abwägender Analyse. Die Diskussion über die Neutronenwaffe und die im Zusammenhang mit dem Nachrüstungsbeschluß der NATO vom Dezember 1979 sind dafür nur zwei eindeutige Beispiele.“

Militarisierung der Hochschule

Herrn Kaltefleiter paßt es also nicht, daß in der westdeutschen Öffentlichkeit so eindeutig Stellung bezogen wird gegen die Stationierung neuer US-Atomraketen und gegen den Bau der Neutronenbombe! Dem will er entgegenwirken. Dazu soll an den Universitäten ausgebildet werden. Die Erziehung im Geiste der NATO-Strategie soll einen größeren Einfluß auf die Hochschulbildung bekommen; mit der Gründung des Instituts sieht Kaltefleiter nämlich auch „die Möglichkeit der Institutionalisierung der interdisziplinären Zusammenarbeit“. Der angesprochene Studiengang soll in die Abschlußprüfungen der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät und der philosophischen Fakultät Eingang finden. Man kann hier also durchaus von einer Militarisierung des Studiums sprechen.

Kaltefleiter hat längerfristig nicht nur Westdeutschland, sondern ganz Westeuropa im Auge. Er möchte mitwirken „an dem allmählichen Aufbau einer kompetenten ‚security community‘“ in diesen Ländern, einer Art größerer Führungselite.

Gerade dazu dient die Verwirklichung eines noch für Sommer dieses Jahres vorgesehenen Plans: Die Durchführung eines internationalen Ferienkurses „Grundlagen der Sicherheitspolitik“. „Dieser Plan“ so berichtet Kaltefleiter, „hat sehr schnell eine außerordentlich positive Resonanz gefunden“. Diese Resonanz besteht vor allem in finanzieller Unterstützung, und es ist sehr interessant, von wem sie kommt: neben verschiedenen nicht näher bezeichneten privaten Firmen und dem Kultusministerium Schleswig-Holstein nennt Kaltefleiter die Fritz-Thyssen-Stiftung.



Die Geldgeber

Bei Thyssen ist man bekanntlich routiniert im Spendenverteilen. Und man lag immer im Trend. So vor 1933, als Thyssen zu den ersten und hauptsächlichen Geldgebern Hitlers und seiner NSDAP gehörte!

Abgestimmt ist dieser Plan überdies über Regierungssprecher Becker mit der Bundesregierung sowie mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr, General Brand. Mit ihrem stellvertretenden Sprecher Rühl wird die Bonner Regierung direkt in das Projekt einsteigen. Als weitere Referenten haben sich bisher neben verschiedenen hohen Bundeswehroffizieren und Professor Schwarz von der Bundeswehrhochschule in München vor allem Professoren und Militärexperten aus den USA und England angesagt. Dieser Sommerkurs soll zur ständigen Einrichtung werden.

Interessant sind auch die theoretisch-philosophischen Betrachtungen, die Kaltefleiter seinen Projekten zugrundelegt. Er erinnert dabei an ein wohlbekanntes Zitat von Clausewitz: „Die Beschäftigung mit Sicherheitsproblemen war bis einschließlich des Zweiten Weltkrieges primär eine Frage der Militaria, die von der Clausewitz'schen Tradition ausging, **nach der der Krieg die Fortführung der Politik unter Hinzunahme anderer Mittel ist**“. Er fährt dann fort: „Mit der Existenz nuklearer Waffen stellt sich in der westlichen Demokratie die Frage nach der ‚Undenkbarkeit‘ (...) von Kriegen. Wesentliche Waffensysteme werden nicht mehr zu ihrer Anwendung entwickelt, sondern um ihren Einsatz zu verhindern. Alle strategischen Überlegungen, die so in den Rahmen der Abschreckungsstrategie eingebettet sind, haben damit eine politische Dimension, die den Rahmen traditioneller militärischer oder militärwissenschaftlicher Betrachtungsweise sprengt. Diese politische Dimension findet man grundsätzlich auch in dem sowjetisch-strategischen Denken; allerdings mit dem wesentlichen Unterschied, daß dort der Einsatz nuklearer Waffen als grundsätzlich denkbar betrachtet wird (...)“. **„Mit (der heutigen politisch-strategischen Diskussion) wird zugleich versucht, das politische Primat im Sinne von Clausewitz auch unter den neuen Bedingungen zu gewährleisten.“**

Die Machbarkeit des Atomkrieges

Kein Zweifel: Der Krieg ist auch im Zeitalter der Atom-, Wasserstoff- und Neutronenbombe Bestandteil des politischen Kalküls der imperialistischen Mächte, die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Und da das erklärte Ziel der US-Imperialisten, das sie mit Reagan als Präsidenten verstärkt anstreben, die Weltherrschaft im Interesse ihres Profits ist, wird sie zur Erreichung dieses Ziels auch all ihre Waffen in einer für sie erfolgversprechenden Weise einsetzen. Es gibt keine Irrationalität der Atomrüstung in dem Sinne, daß sie sich vom Willen ihrer Betreiber völlig lösen würde. Und die Tatsachen beweisen, daß die Behauptung Kaltefleiters, der Einsatz nuklearer Waffen werde nur in der UdSSR als grundsätzlich denkbar betrachtet, eine glatte Lüge ist. Die USA betrachten eben diesen Einsatz nicht nur als grundsätzlich denkbar, sie haben gerade mit den Pershing-II- und Cruise Missiles Waffen entwickelt, von deren Einsatz sie sich ganz konkret die Möglichkeit versprechen, einen atomaren Krieg durch den von ihnen selbst so genannten Erstschlag auch zu gewinnen.

Dabei will unter anderem die Bundesregierung mitziehen, weil sich die maßgeblichen Teile des westdeutschen Finanzkapitals davon ebenfalls für sich am meisten versprechen. Dafür sollen die neuen Raketen und Marschflugkörper in unserem Land stationiert werden. Und zur besseren Manipulation der öffentlichen Meinung in diesem Sinne finden Projekte wie das von Kaltefleiter, dessen Initiatoren ja auch in den USA sitzen, Verwendung.

Organisieren wir den Widerstand!

Wer gewinnt den nächsten Krieg?

Eine provozierende Frage, gewiß. Zumal viele Menschen meinen, der nächste Krieg ist für niemanden zu gewinnen; wenn es zum Krieg kommt, ist alles vorbei, ist die Erde kaputt; „Den nächsten Krieg gewinnt der Tod“. Eine Auffassung, die großen Einfluß in der Friedensbewegung hat. Sie bringt die Furcht vor den unvergleichlichen Verwüstungen, die ein Atomkrieg anrichten würde, zum Ausdruck und richtet sich gegen die Verharmlosung des Krieges durch die Politiker. Dennoch halten wir diese Auffassung für falsch.

Wir wollen mit unserer Frage nicht die aufs höchste gesteigerte Grausamkeit eines drohenden dritten Weltkrieges in Frage stellen. Wir wollen auch nicht davon ablenken, daß alle Kraft auf den Kampf zur Verhinderung eines neuen Krieges geworfen werden muß, im Gegenteil. Aber wir wollen klarmachen, daß hinter den Kriegsvorbereitungen nicht „der Wahnsinn“ oder „der Tod“ steht, sondern Menschen, die sich auch mit dem Mittel des Krieges Absatzmärkte und Einflußgebiete sichern wollen, um aus ihnen Profit herauszuschlagen.

Die Kräfte, die an der Vorbereitung eines neuen Krieges beteiligt sind, sind allesamt imperialistische Staaten als Vertreter mächtiger Kapitalgruppen. Das ist bei dem extrem staatsmonopolistischen Kapitalismus der Sowjetunion ebenso der Fall wie in den Staaten des Westens. Diese imperialsitischen Mächte sind heute überall in der Welt bemüht, die Völker auszuplündern, sie mit den verschiedensten Mitteln in wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit zu halten. Auch der westdeutsche Imperialismus, der an führender Stelle an der Ausplünderung der Völker in den unterentwickelten Ländern beteiligt ist, der im Interesse des Profits die Zusammenarbeit auch mit den reaktionärsten und faschistischen Staaten sucht. Nicht umsonst gehört der westdeutsche Staat zum Beispiel zu den Hauptfinanziers der türkischen Militärdiktatur.

Für die Sicherung und Ausweitung der Einflußgebiete werden auch heute bereits Staatsstreiche organisiert und Kriege geführt, in Lateinamerika ebenso wie in Asien und im Nahen Osten.

Es ist nach wie vor das Ringen um den Maximalprofit in aller Welt, die in deutlich umrissene Einflußgebiete der verschiedenen imperialistischen Mächte aufgeteilt ist, verstärkt durch das Entstehen und die Verschärfung der kapitalistischen Krise, das naturnotwendig zum Kriege drängt. Im Rahmen der Kriegsvorbereitungen beziehen die verschiedenen Staaten Position. Westdeutschland zum Beispiel hat sich eindeutig entschieden; seine eigenen imperialistischen und revanchistischen Interessen sind im Moment am besten im Bündnis mit den USA, im Rahmen der NATO-Strategie durchsetzbar. Eindeutig bestimmt wird die gegenwärtige Situation durch die Rivalität der beiden stärksten imperialistischen Mächte überhaupt, der Supermächte USA und UdSSR.

So stecken hinter den Kriegsvorbereitungen, hinter der Atomrüstung eindeutige, eiskalt kalkulierte Interessen. Diese bestehen nicht darin, den Erdball in die Luft zu sprengen, sondern ihn zu möglichst großen Teilen in Besitz zu nehmen. **Dabei sind einige hundert Millionen Tote einkalkuliert, in dieser Hinsicht ist man nicht zimperlich.** Man arbeitet fieberhaft an der Perfektionierung der Atomwaffen, um den Krieg möglichst effektiv führen zu können, schnell siegreich zu beenden — die „Erstschlag“-Waffen der USA sind das beste Beispiel dafür. Man entwickelt Atomwaffen wie die Neutronenbombe, eine typisch kapitalistische Waffe, die vor allem Menschen tötet und Maschinen weitgehend verschont.

Es ist wichtig, das politische Spiel zu durchschauen, in dem der Atomkrieg ebenso wie „konventionelle“ Kriege eine Rolle spielen, um wirksam dagegen kämpfen zu können. Die bloße Furcht ist ein schlechter Ratgeber, denn sie macht leicht blind. Schon immer wurde ja die Existenz der Atombombe, die Drohung mit ihrem Einsatz auch dazu benutzt, den militanten Kampf gegen den Imperialismus für „unzeitgemäß“ und „wahnsinnig“, „selbstmörderisch“ hinzustellen.

Um es noch deutlicher zu sagen: Die Angst vieler Menschen vor dem Kriege ist berechtigt. Seine unerhört grausamen Auswirkungen dürfen nicht heruntergespielt werden; das deutsche Volk würde die größten Opfer bringen müssen. Es kommt darauf an, die Angst in Haß auf die Kriegstreiber zu verwandeln, und diesen Haß in zielgerichtete kämpferische Aktionen umzusetzen. Dazu muß man die wirklichen Hintergründe der Kriegsgefahr kennen. Denn wenn man dahinter unfaßbare Mächte sieht, ist die Gefahr groß, im Falle von ersten Mißerfolgen im heutigen Kampf zu resignieren. Nehmen wir den Kampf gegen die „Nachrüstung“. Jeder Friedenskampf muß heute bei uns damit beginnen, die Stationierung der neuen Erstschlagwaffen zu verhindern. Viele einflußreiche Kräfte sagen ganz direkt: wenn das nicht gelingt, ist alles aus. Nehmen wir an, es gelingt nicht. Was dann? Dann muß man weiterkämpfen, darf nicht aufstecken. Die Kraft dazu wird man aber nur finden, wenn man den Feind auch genau kennt, wenn man weiß, daß er immer noch verwundbar und besiegbar ist.

Die mörderische Politik des Kapitals muß durch den politischen Massenkampf der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, im Verein mit allen demokratischen und friedliebenden Menschen, zu Fall gebracht werden. So ist auch der Kampf gegen die Raketenstationierung und für den NATO-Austritt ein Klassenkampf gegen die Interessen der US- und westdeutschen Kapitalisten; ein Sieg in diesem Kampf würde die Amis aus unserem Land vertreiben und die Position des westdeutschen Finanzkapitals schwerwiegend schwächen, den Werktätigen eine ausgezeichnete Ausgangslage für die Erreichung ihrer weiterführenden Ziele eröffnen.

Verbot aller neofaschistischen Organisationen! (III)

Die Bedeutung des NPD-Verbots

Das enge Verhältnis zwischen der NPD und den offen terroristischen Nazi-Gruppen wurde in der zweiten Folge unseres Artikels beschrieben. Wir begannen mit der Darstellung der Funktion, die die Existenz einer legalen faschistischen Partei, die den Faschismus als normale parlamentarische und im Prinzip auch regierungsberechtigte Alternative erscheinen läßt, für die Herrschenden und ihren Staat hat. Dieser letzte Teil des Artikels führt diese Darstellung fort und beleuchtet einige Probleme, die mit dem Kampf um das Verbot der NPD verbunden sind.

Einen wichtigen Schwerpunkt der Agitation der NPD bildet ihre chauvinistische, rassistische Hetze gegen unsere ausländischen Kollegen. Diese war ja bereits der Hauptinhalt ihres Bundestagswahlkampfes. Gerade in den letzten Wochen entfaltet die NPD-gesteuerte rassistische Bürgerinitiative Ausländer-Stopp eine starke Aktivität mit Schwerpunkt im Ruhrgebiet. „Ausländer raus!" — diese Parole steht immer wieder an Hauswänden, die reaktionärsten Kräfte sollen mobilisiert werden.

Eine solche Hetze gehört zum Standardarsenal der Faschisten. Bereits die NSDAP verlangte in ihrem Parteiprogramm von 1920 einen Ausländer-Stopp und die Zwangsausweisung aller in den letzten Jahren Eingewanderten. Und das extremste, allen bekannte Beispiel ist die Judenhetze mit ihren furchtbaren Folgen.

Diese Funktion ist es, die heute die Hetze gegen die Ausländer eingenommen hat. Die Spaltung der Arbeiterklasse, die Weckung der reaktionärsten Instinkte, die Ablenkung vom Kampf gegen den wirklichen, gemeinsamen Feind: das westdeutsche Kapital und seinen Staatsapparat. Natürlicherweise eskaliert diese Hetze in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Krisen, in Zeiten der Arbeitslosigkeit Hunderttausender oder Millionen Menschen. In Krisenzeiten ist die Spaltung der Arbeiterschaft fürs Kapital lebensnotwendig. Und wenn jedem Kollegen die Furcht um den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes und damit seiner Existenzgrundlage im Nacken sitzt, verfängt eine ausländerfeindliche Propaganda auch am besten.

Deshalb kommt den Kapitalisten diese Hetze gerade recht. Und die Bonner Parteien lachen sich ins Fäustchen, ihnen wird eine nützliche Dreckarbeit weitgehend abgenommen. Daß dabei unverhohlen Forderungen nach einer faschistischen Zwangsherrschaft erhoben und verbreitet werden, paßt ihnen ebenfalls gut in ihr politisches Spiel

Massenhafte Aktionen

Es besteht also ein echtes staatliches Interesse an der Legalität der NPD. Und weil dieses staatliche Interesse an der NPD vorhanden ist, läßt sich ein Verbot dieser Partei auch nicht so nebenbei erreichen, wenn hinter dieser Forderung der massive Druck der demokratischen Öffentlichkeit steht, wenn sich vor allem die Arbeiter und ihre Organisationen dafür einsetzen. Die Möglichkeit zur Erzeugung dieses Drucks ist vorhanden. Ansätze gibt es auch in den Gewerkschaften, zum Beispiel mit der Unterschriftenaktion „Dem Nazi-Terror Einhalt gebieten", die etwa 15 000 Menschen unterstützten. Aber es gibt auch Widerstand, der dabei überwunden werden muß, die oft fehlende Bereitschaft einflußreicher Gewerkschaftsführer zum Beispiel. Ohne diesen Widerstand wäre eine solch klägliche Reaktion des DGB wie die auf das Münchner Attentat nicht denkbar gewesen.

Aufklärung tut not

Es gibt eine breite Ablehnung der Faschisten. Diese muß ihren Niederschlag im gemeinsamen Handeln finden. Wenn wir dazu beitragen wollen, daß es zu diesem Handeln kommt, dürfen wir die damit verbundenen Aufgaben nicht unterschätzen. Dazu gehört auch Aufklärungsarbeit, Aufklärung über Ziele, Charakter und Bedeutung der NPD, Aufklärung über die notwendigen Schritte gegen sie.

Bei der antifaschistischen Propaganda und Agitation treten immer wieder bestimmte Fragen auf, die von Menschen gestellt werden, die durchaus gegen die Nazis eingestellt sind, die sich überlegen, was man tun kann. Solche Fragen kommen auch, wenn man sich über das „warum" und das „wie" eines NPD-Verbots unterhält. Diese Fragen sind ganz unterschiedlicher Natur, sie spiegeln selbstverständlich oft den Einfluß bürgerlicher Propaganda wider und müssen sorgfältig beantwortet werden.

Verbot unzweckmäßig?

Eines dieser Probleme ist die Befürchtung, mit einem Verbot der NPD würden die Nazis nur noch gefährlicher, denn in der Illegalität seien sie viel schwerer zu „beobachten", könne man viel schwerer etwas gegen sie unternehmen. Dieses Argument ist auch oft von offizieller Seite zu hören. Wie unhaltbar es im Grunde ist, dürfte aus den bisherigen Ausführungen dieses Artikels deutlich geworden sein.

Zum einen benutzt der Staat die aus der von ihm vorgenommenen Beobachtung resultierenden Erkenntnisse in die verbrecherische Tätigkeit der Nazis fast nie zu Maßnahmen gegen sie. Viele Erkenntnisse werden der Öffentlichkeit verschwiegen, viele Enthüllungen wurden von demokratischen Kreisen gegen den Widerstand staatlicher Stellen bekanntgemacht.

Aber noch wichtiger ist, daß die Nazis heute schon illegal arbeiten, wo sie es für erforderlich halten. Es ist eben nicht die legale Nazi-Partei, die die Waffen- und Sprengstofflager anlegt. Das sind konspirativ tätige Gruppen; die würden nicht erst neu entstehen müssen. Ihnen würde aber mit dem NPD-Verbot das legale Standbein weggezogen.

Gar nicht selten kommt auch die Frage, ob ein Verbot denn überhaupt eine gute Maßnahme sei, ob verbieten nicht immer undemokratisch ist. Für uns als Kommunisten ist das kein Problem, aber wir müssen die Gründe für unsere Kompromißlosigkeit auch vermitteln können.

Freiheit für faschistische Aktionen und Freiheit, Demokratie für das Volk schließen sich aus. Die unvorstellbaren Leiden, die der Hitler-Faschismus über die Menschheit gebracht hat, dürfen nicht vergessen werden, die Opfer nicht umsonst gewesen sein. Es ist gerade die Schande des westdeutschen Staates, das Bewußtsein darüber mit aller Macht verschütten zu wollen und vielfach verschüttet zu haben. „Freiheit heißt Faschistentod!" — mit diesen Liedzeilen auf den Lippen zogen die Freiwilligen der Interbrigaden im spanischen Krieg den Franco- und Hitler-Truppen entgegen. Die Faschisten überlebten und zettelten den zweiten Weltkrieg an. „Ja, haben dafür unsre kühnsten Herzen gekämpft, gelitten und ihr Blut verströmt, daß die wir einst geschworen auszumerzen, heut nicht einmal mehr öffentlich verfemt?" So fragte der kommunistische Volksdichter Erich Weinert bereits 1946. Das fragen sich und uns die Überlebenden der Hitler-Barbarei und die Völker, deren Länder von den Hitler-Truppen verwüstet wurden. Auch ihnen gegenüber stehen wir als deutsche Antifaschisten besonders in der Pflicht, faschistische Propaganda und Aktion nicht zu dulden.

Im Geiste Hitlers

Auch wenn hierüber Einigkeit erzielt werden kann, reicht das oft nicht aus. Was darüberhinaus oftmals notwendig bleibt, ist der konkrete Nachweis, daß die NPD tatsächlich im gleichen Sinne arbeitet wie die Hitler-Faschisten. Kaum einer von denen, die ein Verbot der NPD als „undemokratisch" problematisieren, wird ja etwas gegen den Anschlag auf Hitler vom 22. Juli 1944 haben, um ein bekanntes und in diesen Tagen aktuelles Beispiel zu nennen. Für die beiden ist im letzten RM angesprochene Übereinstimmung der Auffassungen zwischen NPD und NSDAP hier einige Beispiele:

„Es muß offen ausgesprochen werden, daß der Widerstand im nationalsozialistischen Deutschland gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes gerichtet war..." (NPD-Funktionär O. Hess 1965) „Emigranten und Widerstandskämpfer sind Landesverräter... Dafür gehören sie vor Gericht gestellt." (NPD-Funktionär Moschiedler 1965).

„Man darf...die erzieherische Wirkung der KZs nicht vergessen, die aus vielen Rotfrontkämpfern und Marxisten anständige Deutsche gemacht haben." (NPD-Funktionär Stöckicht 1965).

„Diese (marxistische) Weltanschauung ist zu überwinden und sie zu vernichten, ihre Hauptvertreter aber...unschädlich zu machen, ist mit das wichtigste Ziel der NSDAP." (A. Rosenberg, 1923).

„...Hängt die kommunistischen Schwerverbrecher auf!..." (NPD-Bundesvorstandsmitglied Dröse, Göttingen 1978) „...Rotfront verrecke! Diese Parole sollte heute durch Deutschland gehen." (NPD-Funktionär H. Gerlach, Göttingen 1978).

„Nur der Soldatentod setzt einem Volk die großen Maßstäbe dafür, was der einzelne ihm an Treue, Pflichterfüllung und Selbstaufopferung schuldig ist. Wir gedenken in Ehrfurcht derer, die ihrem Eid und dem Befehl treu ihr Leben für Deutschland gaben. So selbstverständlich, wie ihr Verhältnis zu Volk, Staat und Geschichte war, soll auch das unsere sein." (NPD-Zeitung „Deutsche Stimme" 11/76).

„Heute ist die NPD noch eine kleine Partei. Aber, Kameraden, wenn wir zurückschauen in die Geschichte, dann sehen wir, daß unsere Bewegung auch früher einmal ganz klein gewesen ist, daß sie dann aber wuchs und anschwoll zu einem reißenden Strom, dem nichts widerstehen konnte..." (NPD-Major Lindner, Dortmund 1981).



Überall stoßen die Neonazis auf Widerstand. Unser Bild zeigt eine Demonstration vom 20.1.1979: 4000 Stuttgarter fordern das Verbot der NPD. Sorgen wir gemeinsam mit allen Demokraten dafür, daß diese Forderung endlich durchgesetzt wird!

In Auffassungen und Zielen sind die NPD und die Hitler-Partei deckungsgleich.

Um so skandalöser ist das Urteil, das der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof Mannheim am 14.2.1978 fällte. Darin heißt es u.a.: „Es ist nicht erwiesen, daß die NPD verfassungsfeindliche Ziele im Sinne der Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichtes verfolgt...". Derartigen eindeutig falschen Urteilen, die dem Faschismus Vorschub leisten, muß durch ein politisches Verbot die Grundlage entzogen werden.

Die Ambitionen des Staates durchkreuzen

Ein eindeutiges Verbot der faschistischen Umtriebe würde dem Staat die Verbreitung seiner Demagogie erschweren, sich als „Garant der Demokratie zwischen links und rechts" darzustellen.

Wird der Staat zu einem Verbot der NPD und damit verbunden zu einer Ächtung faschistischen Gedankenguts und faschistischer Maßnahmen gezwungen, so wird damit nicht allein der Kampf gegen alle Formen von Nazi-Organisationen und Umtrieben wesentlich erleichtert. Damit wäre eine bessere Grundlage für den antifaschistisch-demokratischen Kampf überhaupt gelegt. Denn die staatstragenden Parteien wären gezwungen, offener Farbe zu bekennen. Gleichzeitig wäre ihr eigenes Reden und Handeln an den Inhalten eines solchen Verbots zu messen. Die Bemühungen besonders der rechten, erzreaktionären Lagers in den etablierten Parteien, die Grenzen zum Neofaschismus weiter verschwimmen zu lassen, faschistische Vorstellungen in den Rahmen der „normalen" bürgerlichen Demokratie einzubeziehen, würden durchkreuzt, wenn hier eine scharfe Trennungslinie gezogen würde. Alle reaktionären Kräfte sind prinzipiell zur Durchführung reaktionärster Maßnahmen, zur Vorbereitung einer faschistischen Diktatur unabhängig von ihrer konkreten Form bereit, alle diese Kräfte möchten deshalb auch an der Legalisierung faschistischen Treibens festhalten; diese Bestrebungen würden auch mit der Durchsetzung eines NPD-Verbots erschwert. **Somit ist der Kampf für das Verbot der NPD durchaus Beitrag zum Kampf gegen die Faschisierung des Staates.**

Allerdings besteht die Gefahr, daß man versucht, wenn schon gegen rechts, dann aber auch und noch härter gegen links vorzugehen. Das geschieht ja bereits, wobei der „Kampf" gegen rechts eben eine Farce ist. Oft ist das offizielle Argument zu hören: „Wenn man die Neonazis verbietet, muß man auch die Kommunisten verbieten". Diese unverschämte Gleichsetzung der größten Menschheitsfeinde und ihrer entschiedensten Gegner muß man nicht nur mit Argumenten widerlegen. Es gilt in der Tat aufzupassen, daß ein Verbot der NPD und aller neofaschistischen Gruppen eindeutig und klar ausfällt und ebenso eindeutige Ausführungsbestimmungen beinhaltet. Auch das hängt von dem Druck ab, den die demokratischen Kräfte zu entfalten in der Lage sind.

Setzen wir uns also dafür ein, daß dem Treiben der Neo-Faschisten tatsächlich Einhalt geboten wird in unserem Land. Lassen wir die Provokationen der Faschisten, die vor kurzem mit dem NPD-Deutschlandtreffen in Dortmund einen weiteren Höhepunkt erreichten, nicht unbeantwortet. Mobilisieren wir in den Gewerkschaften, in Bürgerkomitees usw. gegen die Faschisten, für das Verbot, für die Bestrafung der Nazis. Unterstützen wir die Arbeit der VOLKSFRONT gegen Reaktion, Faschismus und Krieg als der antifaschistischen Massenorganisation mit der klarsten politischen Gundlage. Sorgen wir schon jetzt dafür, daß den NPD-Faschisten keine öffentlichen Straßen, Plätze und Räume mehr zur Verfügung gestellt werden — das ist schon vor dem Verbot durchaus durchsetzbar — und nutzen wir auch solche Aktionen aus, die Verbotsforderung weiter zu verankern. Wir denken dabei zum Beispiel an den NPD-Landesparteitag, der am 18. Septemer in Iserlohn/NRW stattfinden soll.

Ein wichtiges Datum, an dem alle Antifaschisten in den Städten der Bundesrepublik ihrer Forderung nach dem Verbot aller faschistischen Umtriebe Nachdruck verleihen müssen, ist der 26. September, der Jahrestag des Oktoberfest-Attentats. Tragen wir dazu bei, daß dieser Tag zu einer Manifestation des Widerstandes gegen den Neofaschismus in all seinen Formen wird!

Freispruch für Kampmann

Mit Freispruch für den Angeklagten endete am 23.7.81 in Dortmund der Prozeß gegen Karl Wilhelm Kampmann, in dem es um eine Massenmordaktion der Hitler-Truppen im faschistisch besetzten Dorf Srebnoje in der Ukraine ging. Mindestens 650 Menschen, die des Widerstands gegen die Nazis verdächtigt waren, wurden dort im Jahre 1943 in eine Schule getrieben und lebendig verbrannt. Verschiedene Zeugen hatten Kampmann in protokollierten Aussagen der Leitung der Verhaftungsaktion beschuldigt. Einer sagte aus, Kampmann habe das um die Schule aufgeschichtete Stroh eigenhändig angezündet.

Die ersten Aussagen gegen Kampmann datieren von 1946. Bekanntlich weigerten sich aber die westdeutschen Behörden bis Mitte der 60er Jahre, auch nur einen einzigen Hinweis gegen Nazi-Verbrecher aus den Staaten des Ostens entgegenzunehmen. Heute, fast 40 Jahre nach dem grausamen Geschehen, vermochten sowjetische Zeugen Kampmann vor Gericht nicht mehr eindeutig zu belasten.

Somit verhinderte die westdeutsche Justiz erneut die Sühne faschistischer Mordtaten. Kampmann bezieht ungestört weiter 2000 DM Rente im Monat und soll auch noch Entschädigung ausbezahlt bekommen!

WSG Albrecht — kriminelle Vereinigung

Gegen den Gründer der Wehrsportgruppe Ruhrgebiet, den Dortmunder Udo Albrecht, soll jetzt endlich wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung neu ermittelt werden. Das teilte der Münsteraner Staatsanwalt Wolfgang Schweer mit.

In Kürze beginnt ein Prozeß gegen Albrecht, der seit längerem in Haft ist. Seine Bande hatte ein umfangreiches Depot von Waffen, Sprengstoff, gefälschten Banknoten usw. angelegt, verschiedene bewaffnete Raubüberfälle durchgeführt usw. Am 17. Juli wurden zwei Mitglieder seiner Terrororganisation zu 6 1/2 bzw. 2 1/2 Jahren Haft verurteilt. Joachim Gröning aus Dortmund und Franz Kohnert aus Bochum. Gröning, der von 1975 bis 1979 Kreisvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten in Dortmund war, erklärte noch vor Gericht Adolf Hitler zu seinem persönlichen Vorbild und rief auf zum „Kampf gegen Juden und Neger".

Die neuen Ermittlungen sind ein erstes Ergebnis des starken öffentlichen Protestes gegen die Nazi-Banden. Eine Verurteilung wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung dürfte nicht schwerfallen, zumal Albrecht feste Verbindungen mit Karl-Heinz Hoffmann hatte.

Zivilschutz — ja oder nein?

Leserbrief aus Kiel

Liebe Genossen!

Im Friedenskampf ist eine wichtige Frage aufgetaucht, die ernsthaft untersucht und beantwortet werden muß.

Soll die Friedensbewegung die Forderung nach Zivil- und Katastrophenschutz auf ihre Fahnen schreiben?

Der bisherige Standpunkt der KPD heißt: ja.

Vor allem aus Kreisen der DKP wird folgende Haltung, kurz zusammengefaßt, in die Friedensbewegung getragen:

Angesichts eines drohenden Atomkrieges ist die Forderung nach Zivilschutz eine Farce. Die verheerende Wirkung der Atombombe stellt, was ihre direkte und indirekte Vernichtungskraft anbelangt, eine neue Qualität einer Waffenwirkung dar. Gegen einen Atomschlag gibt es keinen wirksamen Schutz, in einem Atomkrieg gibt es keine Überlebenden. Der einzige wirksame Schutz kann nur darin liegen, daß es so weit kommen darf, daß die Bombe fällt.

Alle Forderungen nach Zivilschutz würden deshalb vom einzige wirksamen Kampf, nämlich dem um Verhinderung eines Krieges ablenken. Noch schlimmer: Wer heute angesichts des drohenden Atomschlages Bunker fordert, suggeriert, daß ein Überleben im Atomkrieg möglich wäre, daß ein Krieg machbar wäre, daß es in einem Atomkrieg Sieger gäbe. Dadurch würde die Bevölkerung nur in falscher Sicherheit gewiegt und der wirkliche Kampf gegen die Kriegsgefahr betäubt werden.

Ich finde die oben vorgetragene Argumentation ist angesichts des Zerstörungspotentials nur einer Atombombe nicht so einfach von der Hand zu weisen und bedarf einer ernsthaften Auseinandersetzung.

Es würde mich freuen, wenn ihr in einem RM-Artikel darauf eingehen könntet.

Viele Grüße!
S.L., Kiel

Stellungnahme der Redaktion

Ja, wir brauchen Maßnahmen des Zivilschutzes. Das ist nach wie vor die Meinung der KPD. Im Anhang unseres Friedensplanes, in dem verschiedene Fragen zu dem Problem der Neutralität der Bundesrepublik vom kommunistischen Standpunkt aus beantwortet werden, heißt es u.a.: „Niemand kann uns hundertprozentig garantieren, daß wir trotz Neutralität nicht doch in einen Krieg hineingezogen werden. Deshalb sind Schutzmaßnahmen wie zum Beispiel der Bau atomsicherer Bunker für die Bevölkerung auch absolut notwendig. Doch ist zur Zeit durch die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO diese Gefahr absolut, während sie durch unsere Neutralität auf ein Minimum reduziert wäre. Hinzu kommt, daß infolge ihrer Atomwaffenfreiheit die Bundesrepublik, selbst im Falle des Bruchs ihrer Neutralität, kaum mit Massenvernichtungswaffen wie Atom-, Neutronen- oder Wasserstoffbomben angegriffen würde."

Wir sind für den Bau von Atombunkern auch heute schon.

Natürlich sind die Warnungen vieler Ärzte unbedingt ernstzunehmen, und wir begrüßen diese Warnungen ebenso wie das Engagement dieser Ärzte in der Friedensbewegung. Ein Atomkrieg würde unermeßliches Leid über die Menschheit bringen. Die Aufklärung, die von verschiedensten Ärzteinitiativen — durchaus nicht immer „DKP gesteuert", das sei hier hinzugefügt — geleistet wird über die Auswirkungen eines Einsatzes von Atomwaffen zum Beispiel in unserem Land, ist notwendig und zerreißt die Lügen der Politiker, die sich bemühen, die Bedrohung unseres Volkes herunterzuspielen. Auch die Genossen unserer Partei im Gesundheitswesen unterstützen diese Arbeit von Ärzten und anderen im Gesundheitswesen Beschäftigten ganz aktiv, zum Beispiel in der Bewegung gegen das sogenannte „Gesundheitssicherstellungsgesetz", das die Medizin in den Dienst der Kriegsführung stellen soll und von unüberbietbarem menschenfeindlichem Zynismus geprägt ist. Das sei hier vorausgeschickt; diese Arbeit der KPD-Genossen ist für jedermann überprüfbar.

Wir sind allerdings der Meinung, daß für unser Volk auch für den Fall eines tatsächlichen Krieges, bei dem auch atomare Waffen eingesetzt würden, bestimmte Schutzmaßnahmen im Sinne des Zivilschutzes durchgeführt werden müssen.

Wir haben im „Roten Morgen" (S.6 dieser Ausgabe) ausführlich dargelegt, daß der Krieg nicht von irgendwelchen geheimnisvollen Mächten angezettelt wird, und daß diejenigen, die ihn anzetteln wollen, dies aus ganz bestimmten, wohlkalkulierten Interessen tun — um Völker zu unterwerfen, um sich Absatzgebiete zu sichern, um mehr Menschen ausbeuten zu können. Jeder Krieg hat Klassencharakter. Drahtzieher der Weltkriegsvorbereitungen ist das internationale Finanzkapital, der Krieg — auch der Atomkrieg — ist immer noch die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Mit einem explodierten Erdball läßt sich diese Politik nicht durchführen, und dazu wird es bei aller unleugbaren Brutalität der Kriegstreiber nicht kommen.

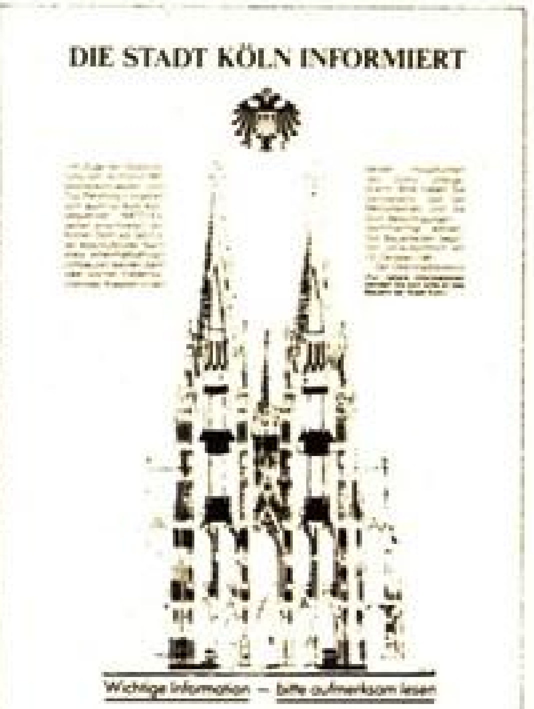
Sie selber haben sich ihre Bunker gebaut, in denen sie den Krieg überleben wollen und auch die Chance haben, ihn zu überleben. Uns, den einfachen Menschen aber, empfiehlt man heute noch allen Ernstes, eine Aktentasche oder neuerdings eine Aluminiumfolie (so Innenminister Baum vor zwei Wochen) über den Kopf zu halten und uns hinzuwerfen, sobald wir einen Atompilz sehen! Und da machen wir nicht mit.

Unsere Partei läßt in Wort und Tat keinen Zweifel daran: Wir kämpfen mit aller Macht gegen die Stationierung der neuen US-Waffen, die unser Land noch viel mehr der Gefahr aussetzen, zum atomaren Schlachtfeld zu werden. Und wir kämpfen dafür, daß sich eine Volksbewegung entwickelt, die die US-Truppen und ihr Kriegsgerät aus dem Land säubert, die Westdeutschland von der NATO abkoppelt.

Dem steht es aber gar nicht entgegen, wenn wir auch Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung verlangen. Insofern stimmen wir nicht mit der Auffassung überein, durch diese Forderung würde der Kampf gegen die Kriegsgefahr betäubt; auch die Feststellung, daß es im nächsten Krieg — sollte er nicht zu verhindern sein — Sieger geben kann, wiegt doch die Bevölkerung nicht in Sicherheit. Sie wird so oder so die gewaltigen Opfer des Krieges zu tragen haben.

Wir wollen die Bundesrepublik neutralisieren. Aber selbst wenn wir diesen denkbar größten Beitrag, die völlige Herausnahme der DBR aus dem Wettrüsten und der Kriegstreiberei erreicht haben, bleibt immer noch die Möglichkeit — wenn auch sehr eingeschränkt, wie in obigem Zitat dargestellt — auch eines Atomschlages auf unser Land. Es wäre verantwortungslos, nicht alle denkbaren Schutzmaßnahmen für das Volk bereitzustellen, immer verbunden mit dem unter allen Bedingungen zu führenden Kampf gegen die Kriegstreiber in der Welt, was für uns als Kommunisten auch heißt zu kämpfen bis zum weltweiten Sturze des Imperialismus, der die Ursache aller Kriege ist und der Kriege hervorbringt, solange er existiert.

Wichtig ist für uns, mit allen Kräften der Friedensbewegung über die Perspektiven des Friedenskampfes in ständiger Diskussion zu bleiben. Grundlage dafür ist der gemeinsame Kampf auf der jetzigen gemeinsamen Grundlage, die sich mindestens gegen die neuen US-Raketen richtet. Die gemeinsam gemachten Erfahrungen sehen wir auch als die beste Grundlage an, eine breite Basis für die Durchsetzung des Friedensplanes der KPD zu schaffen.



Genossen der KJD aus Köln schickten uns das hier abgebildete „städtische Informationsflugblatt". Wie sie mitteilten, konnte man es vor kurzem in den Briefkästen zweier Arbeiterwohnviertel vorfinden, wo es in einer Auflage von mehreren tausend Exemplaren gesteckt worden war. Die Information wurde aufmerksam gelesen!

Der Ausländerhetze entgegentreten

(Volkskorrespondenz). — Dienstag abends in einer Kölner Straßenbahn. Zwei Besoffene steigen ein und gröhlen. Erst habe ich Schwierigkeiten, überhaupt etwas zu verstehen. Irgend was mit Deutschland... „Deutschland hätte gewinnen müssen!" „Dann hätten wir das ganze Gesocks jetzt nicht hier!" Sie provozieren ganz bewußt die zahlreichen türkischen Kollegen, die in der Bahn sitzen. „Alle in drei Wochen rausschmeißen!!"

Zwei alte deutsche Freuen empören sich, zwei türkische Jugendliche können von einem türkischen Kollegen nur mit Mühe davon abgehalten werden, die beiden zu verhauen.

Ich schnauze die Besoffenen an, was das solle, und daß sie ihren Mund halten sollen. Nützt nichts. Rausschmeißen sollte man sie! Alle Umsitzenden kommen ins Gespräch, die beiden alten deutschen Frauen, der türkische Opa, die beiden Jugendlichen, der Kollege, der sie zurückgehalten hat. Er ist Betriebsrat in einem Metallmittelbetrieb. Wir reden über Nazis in Deutschland, über den Faschismus in der Türkei und daß dagegen nur die Solidarität der Arbeiter hilft. Zwischendurch weisen wir immer wieder die beiden „sauberen" Deutschen zurecht. Manchmal muß man sich wirklich fast schämen, Deutscher zu sein! Die alten Frauen stimmen zu. So hat es schon mal angefangen, damals waren es Juden, heut sind es die Türken!

Die beiden Gröler steigen zum Glück aus! Wir aber sind uns einig: dagegen müßte viel mehr gemacht werden, müßte man selbst viel mehr machen! Der türkische Betriebsrat drückt mir zum Abschied sehr herzlich die Hand, vom Bahnsteig aus grüßt er nochmal mit geballter Faust — internationale Solidarität ist kein Fremdwort, man kann sie ganz konkret erfahren!

Rot Front! Jo, Köln

Ärzte warnen vor dem Atomkrieg

Unter dem obenstehenden Motto haben sich verschiedene Ärzte und Ärzteinitiativen aus dem gesamten Bundesgebiet zusammengeschlossen. Sie rufen auf zur Teilnahme an einem

Medizinischen Kongreß zur Verhinderung des Atomkriegs

Datum: 19. September (9.00 Uhr) bis 20. September (14.00 Uhr) 1981 in Hamburg

Themen des Kongresses:

Die kurz- und langfristigen medizinischen, psychischen, sozialen, physikalischen und ökologischen Folgen eines Atomkrieges.

Wehrpsychiatrie, Wehrmedizin, Zivilschutz, Gesundheitssicherstellungsgesetz.

„Nachrüstung" und wachsende Kriegsgefahr.

Genaues Programm mit Zeitablauf, Raumverteilung und Vorbereitungsmaterial soll den Interessenten nach erfolgter Anmeldung zugehen. Fragen sind zu richten an: Wolfgang Kratzke, Hamburger Ärzteinitiative gegen Atomenergie, Lindenstr. 23, 2000 Hamburg 1, Tel.: 040/2802815.

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 44010046)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 44050199) Kto.Nr. 321004547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Spenden für den ROTEN MORGEN

Seit der letzten Veröffentlichung gingen folgende Spenden bei uns ein:

P.S., WB	DM 500,-
LBV Weser-Ems	110,-
F.H. St., Stuttgart	200,-
Zelle Druck, Stuttgart	300,-
Zelle Bayer, Leverkusen	150,-
CH., Stuttgart	612,20
KPD Kreuzberg	156,50
SV Westberlin	60,-
Buchladen RM, Westberlin	800,-
Th.R., Hamburg	200,-
H.B., Bonn	100,-
OG Dortmund	157,30
Zelle Kiel West 3	100,-
Zelle Uni-Kliniken, Kiel	33,-
Zelle Oberfranken	200,-
LBV HH-Unterelbe	9,-
P.K., München	1000,-
Buchladen RM, Westberlin	300,-
W.u.P.R., Kiel	200,-
Zelle Martinsviertel, Darmstadt	100,-
LBV Weser-Ems	75,-
P.P., Gelsenkirchen	6,60
E.A., Müden	200,-
insgesamt DM	5569,60

Damit sind bisher 25871,42 DM an Spenden für den „Roten Morgen" eingegangen. Wir danken allen Freunden und Genossen für ihre Spenden.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

ROTER MORGEN — Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

DREI WERKE VON W. I. LENIN



Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution

In diesem Werk — erschienen im Revolutionsjahr 1905 — entwickelt Lenin die Grundlagen der marxistischen Taktik in der Periode des Übergangs von der bürgerlichen zur sozialistischen Revolution.

Er stellt heraus, daß der Ausgang der bürgerlich-demokratischen Revolution davon abhängt, ob die Arbeiterklasse in ihr die „Rolle eines Handlangers der Bourgeoisie" oder aber die „Rolle des Führers der Volksrevolution spielen wird". Um aber die Führung in der Revolution zu erkämpfen, muß das Proletariat erstens ein Bündnis mit der Bauernschaft herstellen und zweitens die liberale Bourgeoisie isolieren und aus der Führung verdrängen.

Lenin weist in diesem Werk nach, daß das Ziel der bürgerlich-demokratischen Revolution im damaligen Rußland — der Sturz des Zarismus und die Errichtung einer demokratischen Republik — nur durch den siegreichen bewaffneten Aufstand der Volksmassen unter der Führung der Arbeiterklasse zu erreichen ist. Und er entwickelt die verschiedenen Formen der dazu notwendigen Entfaltung der revolutionären Initiative der Massen: politische Massenstreiks, Bildung von Bauernkomitees, Bewaffnung der Arbeiter usw.

Lenin begründet darüber hinaus seine Auffassung, daß nach der Errichtung der demokratischen Republik der Kampf des Proletariats und der übrigen ausgebeuteten Massen für die sozialistische Revolution beginnen müsse. Er stellt der Partei die Aufgabe, alle Maßnahmen zu ergreifen, die ein Hinüberwachsen der bürgerlich-demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution gewährleisten.

Das alles war insgesamt eine völlig neue Einstellung in der Frage des Verhältnisses der bürgerlichen zur proletarischen Revolution. Lenin widerlegte damit die in der damaligen westeuropäischen Sozialdemokratie in dieser Frage vorherrschenden falschen und opportunistischen Ansichten: daß nach dem Sieg der bürgerlichen Revolution eine lange Periode der friedlichen Entwicklung, in der die Bourgeoisie ihre Macht konsolidieren müßte, unumgänglich sei; daß die Arbeiterklasse kein Bündnis mit der Bauernschaft eingehen könne usw.

Lenins Werk „Zwei Taktiken" hat den Marxismus bereichert, und es legte das Fundament zu jener revolutionären Taktik, mit der die bolschewistische Partei 1917 den Sieg errang.

1,80



Staat und Revolution

In seinem Werk „Staat und Revolution" stellt Lenin in der unversöhnlichen Polemik gegen alle opportunistischen Verfälschungen die wahre Lehre von Marx und Engels über den Staat wieder her.

Aber er beschränkt sich nicht darauf. Ausgehend von der Marxschen Analyse der Pariser Kommune und gestützt auf die Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917 entwickelt Lenin den Marxismus in den Fragen des Staates und der Diktatur des Proletariats weiter.

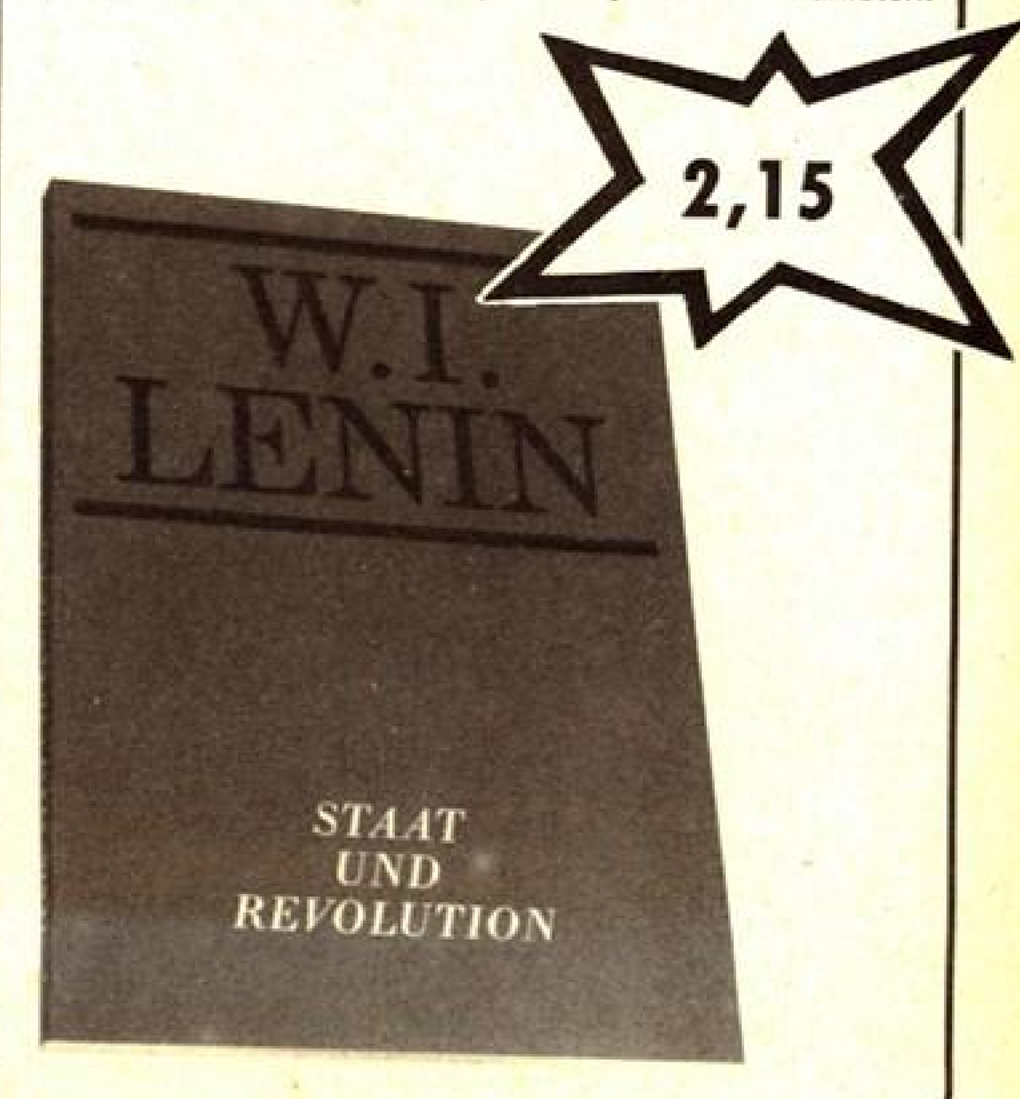
Lenin verweist darauf, daß die Diktatur des Proletariats keine Demokratie für alle, für die Reichen wie für die Armen sein kann. Die Diktatur des Proletariats muß „ein Staat **auf neue Art** demokratisch (für die Proletarier, überhaupt für die Besitzlosen) und **auf neue Art** diktatorisch (gegen die Bourgeosie) sein."

Lenin zeigt weiter, daß die Diktatur des Proletariats nicht als Ergebnis einer friedlichen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft entstehen kann, sondern nur als Ergebnis der gewaltsamen Revolution des Proletariats, als Ergebnis der **Zerschlagung** der bürgerlichen Staatsmaschinerie. Er bestimmt die Aufgaben der Arbeiterklasse bei der Schaffung ihres Staatsapparats, legt die ökonomischen Grundlagen für das Absterben des Staates fest und deckt die Grundzüge der beiden Phasen in der Entwicklung der kommunistischen Gesellschaft auf.

Lenin hat dieses bedeutende Werk unmittelbar vor der Oktober-Revolution in der Illegalität geschrieben. Es wurde in der folgenden Zeit für alle im Kampf um die Arbeitermacht stehenden kommunistischen Parteien zum Leitfaden für die Festlegung einer wirklich revolutionären Strategie und Taktik. Heute haben die modernen Revisionisten **alle** von Lenin in „Staat und Revolution" getroffenen Feststellungen entweder opportunistisch verfälscht oder offen über Bord geworfen.

Somit hat Lenins Polemik gegen die Opportunisten seiner Zeit wieder unmittelbare Aktualität bekommen. Und nach wie vor ist das Studium von „Staat und Revolution" eine unabdingbare Notwendigkeit für jeden Kommunisten.

2,15



Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus

Lenin selbst hat dieses 1920 geschriebene Buch als „Versuch einer gemeinverständlichen Auseinandersetzung über marxistische Strategie und Taktik" genannt.

Dieses Werk entstand in der Auseinandersetzung mit sektiererischen „linken" Positionen innerhalb der jungen kommunistischen Parteien Westeuropas. Und es ist bis heute ein unersetzbarer Leitfaden für die Entwicklung einer leninistischen Strategie und Taktik geblieben.

Für die Revolution, so legt Lenin dar, genügt es nicht, daß die ausgebeuteten und unterdrückten Massen die Unmöglichkeit erkannt haben, auf die alte Weise weiterzuleben und Änderungen fordern; für die Revolution ist es notwendig, daß die Ausbeuter nicht mehr auf die alte Weise leben und regieren können; die Revolution ist unmöglich ohne eine die ganze Nation (sowohl Ausgebeutete als auch Ausbeuter) erfassende Krise.

Nicht aufgrund der Agitation und Propaganda allein, die von den Kommunisten entfaltet wird, werden die Arbeiterklasse und die übrigen werktätigen Massen zur Revolution voranschreiten. Dazu bedarf es der eigenen politischen Erfahrung dieser Massen.

Lenin kritisiert schonungslos den „linken" Doktrinarismus, das dogmatische, schablonenhafte Herangehen an die revolutionären Aufgaben, die Abneigung, unter den breiten Massen zu arbeiten. Man muß vor allem die Avantgarde für den Kommunismus gewinnen, lehrt Lenin, aber mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen. Die kommunistische Partei muß die Mehrheit der Arbeiterklasse für sich gewinnen, indem sie sie geschickt an Hand ihrer eigenen politischen Erfahrungen erzieht. Hier gibt Lenin nicht zuletzt eine Fülle von wichtigen Hinweisen für die Entwicklung einer revolutionären Einheitsfronttaktik.

Die kommunistische Partei, so zeigt Lenin, muß in der Lage sein, alle Mittel und Methoden des Kampfes zu beherrschen: Die Kunst des bewaffneten Aufstands ebenso wie die revolutionäre Ausnutzung der Parlamente und die Arbeit in unter reaktionärer Führer stehenden Gewerkschaften; sie muß die legale mit der illegalen Arbeit verbinden; sie muß kühn und furchtlos angreifen, aber auch einen organisierten Rückzug antreten können; sie muß es verstehen, alle Widersprüche im Lager des Feindes auszunutzen und im Rahmen ihrer revolutionären Taktik auch Kompromisse schließen; sie muß schnell und elastisch eine Kampfform durch die andere ersetzen können, wenn die Situation es fordert.

1,60



Bestellungen an:

Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 46 Dortmund 30

Exekutivausschuß beschließt Grundsatzdokument

Britische Labour-Party fordert einseitige nukleare Abrüstung

Alle atomaren Militärbasen sollen geschlossen werden

LONDON. — Der Exekutivausschuß der britischen Labour-Party beschloß in der vergangenen Woche ein Grundsatzdokument, das dem Parteitag im Oktober zum Beschluß als Wahlprogramm vorgelegt werden soll. Darin wird dem Kurs der atomaren Aufrüstungspolitik, den die Regierung Thatcher verfolgt, der Kampf angesagt. Das konsequente Eintreten für die Beseitigung aller Atomwaffen auf britischem Boden wird angekündigt.

Der Beschluß der Führung der Labour-Party sieht vor, das gesetzliche totale Verbot der Herstellung und Verbreitung britischer Atomraketen zum zentralen Thema des nächsten Wahlkampfes zu machen. Weiter wird die jetzt geplante Umrüstung der Polaris-Raketen und die Stationierung amerikanischer Atomwaffen auf britischem Boden vollkommen abgelehnt.

Der Sinn, so erläuterten Vertreter des linken Parteiflügels nach der Sitzung des Exekutivrates, bestehe darin, daß Britannien über keinerlei atomare Bewaffnung mehr verfügen solle und deshalb auch niemand solche Waffen auf britischem Boden stationieren dürfe.

Die Vertreter des rechten Flügels, der seit dem Austritt der rechten sozialdemokratischen Gruppe um Jenkirs vom Exminister Healey angeführt wird, aber seit dem letzten Parteitag immer mehr an Einfluß verloren hat, forderten stattdessen mehrseitige Verhandlungen mit dem Ziel einer allseitigen Abschaffung der Atomwaffen. Dies wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, da dies kein konkreter Schritt zur Abrüstung sei, sondern lediglich eine der seit langen Jahren üblichen, gutklingenden aber nichtssagenden Erklärungen. So sagte es ein Vertreter der Parteilinken.

Dieser Beschluß der Labour-Party, der der Haltung der anderen westeuropäischen Sozialdemokratischen Parteien widerspricht, hat verschiedene Ursachen, die in der politischen Entwicklung der allerletzten Zeit zu sehen sind.

Zum einen hat die konservative Wirtschaftspolitik der Thatcher-Regierung heute bereits zu einer starken Verelendung der britischen Arbeiterklasse geführt. Was wiederum zu einer Radikalisierung der Gewerkschaftsbewegung geführt hat, die seit der Niederlage der offenen Rechten in der Partei zu Beginn des Jahres ihren Einfluß vergrößert hat.

Zum zweiten, und das zeigte sich bereits in den verschiedenen Friedensaktionen seit der Jahreswende, nimmt die Bewegung für den Frieden und gegen die britische Aufrüstung gerade unter der Arbeiterklasse sehr stark zu, die nicht bereit ist, dem imperialistischen Kurs der Regierung noch weitere Opfer zu bringen.

Drittens schließlich sind diejenigen Kräfte innerhalb der Labour-Party, die für eine neutrale Politik eintreten, und diejenigen, die zumindest gegen eine atomare Bewaffnung der britischen Armee eintreten, wesentlich zahlreicher als diese Kräfte etwa innerhalb der SPD. Auch diese Strömung hat durch die Entwicklung innerhalb der Partei in den letzten beiden Jahren ein erhöhtes Gewicht bekommen.

Für die britischen Arbeiter und die britischen Kommunisten wird es nun darauf ankommen, dafür einzutreten, daß diese Erklärungen nicht auf dem Papier bleiben, daß sie nicht leere Wahlversprechungen bleiben. Denn ein atomar abgerüstetes Britannien wäre nicht nur für die Werktätigen des Landes selbst ein großer Beitrag zur Sicherung des Friedens, sondern auch ein sehr wichtiger Beitrag zur Sicherung des Friedens in ganz Europa und ein wesentlicher Ansporn für die Friedensbewegung anderer europäischer Staaten.

Diese politische Entwicklung, die schon vor der Demonstration der 70000 Gegner des Nachrüstungsbeschlusses vor einigen Monaten in London gezeigt worden war, bei der die Gewerkschaften die Mehrzahl der Teilnehmer mobilisiert hatten, war im wesentlichen möglich aufgrund der konsequenten Haltung für den Frieden, die die Mehrheit der Gewerkschaftsbewegung einnahm.

Ein Beweis dafür, wie wichtig es auch in unserem Land ist, dafür zu kämpfen, daß es nicht rechten Gewerkschaftsführern gelingt, die organisierte Arbeiterklasse von der Teilnahme am Friedenskampf abzuhalten.



Slum in Britannien: Die Arbeiterklasse ist nicht bereit für die Aufrüstungspolitik ein noch schlechteres Leben hinzunehmen.

Bereits am Vorabend des Parteitags

Krise der spanischen revisionistischen Partei

MADRID. — Auf dem Delegiertentag des Parteibezirks von Madrid der revisionistischen KP Spaniens hat der Parteivorsitzende, der Wortführer des Eurokommunismus, Santiago Carillo, eine schwere Niederlage hinnehmen müssen, die Auswirkungen auf den Parteitag selbst haben wird.

Die entscheidende Forderung der oppositionellen Kräfte in der revisionistischen Partei ist es, daß Carillo seine eigenen Thesen endlich auch in seiner Partei verwirklichen solle. Konkret verlangen diese Kräfte die Veränderung des Parteistatuts. In Zukunft soll es erlaubt sein, innerhalb der Partei offiziell verschiedene politische Strömungen zu organisieren, die unter dem Namen der Partei ihre eigene Politik vertreten dürfen.

Verbunden ist dies damit, daß die Gruppe der „eurokommunistischen Erneuerer" eine Abänderung des Parteiprogramms fordern, das sie für zu sektiererisch und dogmatisch halten. Ihnen reicht es noch nicht, daß die Carillo-Partei die einzige sich kommunistisch nennende Partei der Welt ist, die die Monarchie akzeptiert. Sie fordern eine weitere Öffnung der Partei, zu anderen Schichten der Gesellschaft hin, die Beschränkung auf die Arbeiter sei geschichtlich überholt.

Carillo kämpft dabei mit dem Rücken zur Wand. Denn diese Strömung ist stark und die prosowjetischen Revisionisten verbünden sich in einem bloßen Machtkampf innerhalb der revisionistischen Partei mit ihnen.

Die Abstimmungsniederlage Carillos auf dem Bezirksparteitag von Madrid, trotz seiner ausgesprochenen Rücktrittsdrohung, zeigt, daß bei dem in dieser Woche stattfindenden Parteitag eine Krise der Partei bevorsteht.

Als Folge der Wirtschaftskrise

Sparpläne auch in Schweden

STOCKHOLM. — Drastische Sparplanungen werden nun auch von der konservativen schwedischen Regierung vorbereitet. Dabei heißt die Leitlinie ganz offen: Das erwartete Defizit in der Staatskasse in Höhe von sechs Milliarden DM soll durch Streichung sozialer Leistungen beseitigt werden.

In einem Vorschlag, der von Experten mehrerer Ministerien vorbereitet wurde, und der im Kabinett im Grundsatz bereits gebilligt wurde, ist ein frontaler Angriff auf den sozialen Besitzstand der arbeitenden Menschen Schwedens geplant, wobei auch solche Errungenschaften offen angegriffen werden, die seit langer Zeit den „Schwedischen Sozialstaat" ausmachten.

So soll das Kindergeld für das erste Kind mindestens halbiert, am besten aber ganz gestrichen werden. Jeweils über eine Milliarde DM sollen bei der Krankenversicherung und der Volksrente eingespart werden.

Insgesamt sollen eben fast sechs Milliarden weniger ausgegeben werden, allesamt bei sozialen Leistungen, die den Werktätigen zustehen.

Die schwedischen Gewerkschaften haben bereits betont, diesem Sparprogramm werde der entschlossenste Widerstand der organisierten Arbeiterschaft gelten, solange bis es völlig vom Tisch sei.

Das westliche Gipfeltreffen

Ottawa-Konferenz signalisiert Krisenstimmung

Keine Zugeständnisse der USA

OTTAWA. — Das diesjährige Gipfeltreffen der Regierungen der sieben größten westlich-kapitalistischen Staaten wies einige Unterschiede zu den vorhergegangenen auf. So wurden denn auch in der abschließenden Erklärung erstmals für alle Teilnehmer in gleicher Weise die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik im Dienste der Monopole verkündet: sozialer Abbau, Förderung der Investitionen der Kapitalisten und mehr Zusammenarbeit beim Osthandel.

Die USA betonten von vornherein, daß sie keinerlei Zugeständnisse bei ihrer — von den westeuropäischen Teilnehmerstaaten kritisierten — Hochzinspolitik machen würden. Diese Politik zieht einerseits das Kapital der Großanleger — in den letzten Monaten vor allem aus der Bundesrepublik, seit der Wahl vor allem aus Frankreich — verstärkt in die USA, weil es dort höhere Ertragszinsen bringt. Zum anderen verteuert sie im internationalen Maßstab, aufgrund der wichtigen Rolle, die die amerikanischen Großbanken weltweit spielen, sämtliche Kredite, was für einige Branchen unmittelbar verschärfende Krisenwirkung hat, wie etwa die Bauindustrie, aber sich seit einiger Zeit auf alle Branchen auswirkt.

Die Hochzinspolitik sei, so betonte der amerikanische Präsident Reagan, der einzige Weg um Inflation und Arbeitslosigkeit in den USA bekämpfen zu können, und deshalb könne man keinerlei Entgegenkommen auf die Forderungen der Westeuropäer zeigen.

Auf der anderen Seite schaffte es der US-Präsident nicht, seine „Partner" zur Aufgabe der Ostgeschäfte zu bewegen. Vor allem die Bundesregierung verteidigte das Röhrengeschäft mit der UdSSR. Die vier Europäer und Japan ließen sich nur dazu bringen, eine engere Zusammenarbeit und Beratung mit den USA bei künftigen Ostgeschäften zuzugestehen.

Wenn man die abschließende Erklärung vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Kampfes um die Anteile am Welthandel betrachtet, der in einigen Bereichen bereits zu einem regelrechten Handelskrieg ausgeartet ist, so sieht man, daß es keiner Seite gelang, die Forderungen durchzusetzen, die vor dem Treffen erhoben worden waren.

Auch die Tatsache, daß eine ganze Reihe von Themen dieses Mal ganz ausgeklammert oder nur am Rande behandelt wurden, zeigt, daß die Widersprüche innerhalb des westlich-kapitalistischen Lagers wachsen. Sie traten deutlicher zutage als in allen früheren Gipfeltreffen, kamen aber nicht offen zum Ausbruch, da diese Konferenz das Ziel hatte, soweit als möglich Gleichschritt zu schaffen.

Einig war man sich bezeichnenderweise nur in zwei Punkten, die das imperialistische Grundrezept zur Bewältigung der Krise darstellen: zum einen in der weiteren Aufrüstung. Dazu wurde auch dieser Gipfel benutzt, indem scharfe Angriffe gegen den Block des imperialistischen Konkurrenten UdSSR gerichtet wurden. Und zweitens in einem allgemeinen Programm des sozialen Abbaus in all diesen wichtigsten kapitalistischen Staaten des westlichen Blocks.

So wurden als wichtigste wirtschaftliche Maßnahme der Abbau der Staatsschulden und verstärkte staatliche Ausgaben für investive Aufgaben genannt. Auf gut deutsch gesprochen: überall werden soziale Errungenschaften der arbeitenden Menschen abgeschafft, überall werden den Monopolen noch mehr staatliche Beihilfen bezahlt werden.

Wie bei der Aufrüstung, so gehen die USA auch bei der weltweiten Kampagne zur sozialen Demontage voran: rechtzeitig zum Gipfeltreffen wurde die bisher bestehende gesetzliche Garantie für eine Mindestrente — von 122 Dollar monatlich (!) — abgeschafft. Zur selben Zeit wurden für inländische militärische Bauten sechs Milliarden Dollar bewilligt.

Bis auf Frankreich gibt es in allen sechs anderen Teilnehmerstaaten dieser jährlichen Gipfelkonferenzen des westlichen Imperialismus entweder bereits ausgearbeitete Sparprogramme oder sind sie in unmittelbarer Vorbereitung: die Regierungschefs fühlten sich dann auch allesamt in ihrer Wirtschaftspolitik durch den Gipfel „bestätigt". Die Folgen der kapitalistischen Krise sollen überall von den arbeitenden Menschen getragen werden, dazu hat man sich in Ottawa auf eine bessere koordinierte Politik geeinigt.

Niederlande: Verschärfte Gesetze gegen Rassismus und Faschismus

DEN HAAG. — Aufgrund verstärkter Proteste zahlreicher antifaschistischer und demokratischer Organisationen in der letzten Zeit sahen sich die niederländischen Behörden gezwungen, Gesetze und Erlasse gegen rassistische und faschistische Vergehen zu verschärfen.

Im wesentlichen zielen die neuen Bestimmungen darauf ab, die Diskriminierung im alltäglichen Handelsverkehr und am Arbeitsmarkt aufgrund rassistischer Richtlinien, die zunehmend aufgedeckt wurden, zu beseitigen.

In mehreren Städten der Niederlande wurden Klagestellen gegen rassistische und faschistische Vergehen eingerichtet, spezielle Sachbearbeiter dafür angestellt. In Rotterdam wurde ein besonderer städtischer Dienst zur Beseitigung rassistischer Parolen an öffentlichen und privaten Häusern eingerichtet.

Hintergrund dieser neuen Bestimmungen ist zum einen die verstärkte hetzerische und kriminelle Aktivität faschistischer Banden in den Niederlanden, die sogar das verhaßte Hakenkreuz an Wände malten und Schlägertrupps auf ausländische Arbeiter loshetzten.

Dagegen hatte sich breiter Widerstand entwickelt, der immer wieder vom Staat Maßnahmen gegen diese verbrecherischen Umtriebe verlangte, und jetzt, mit diesen neuen Bestimmungen, einen ersten Erfolg verzeichnen konnte.

Österreich: Neues Schwerarbeitergesetz

WIEN. — Der österreichische Nationalrat hat auf Initiative der Sozialistischen Partei Österreichs ein neues Gesetz zur Regelung der Nachtschicht- und Schwerarbeit erlassen.

Neben verschiedenen Verbesserungen im Bereich des Arbeitsschutzes und der Schaffung der für Vorbeugemaßnahmen nötigen Organe zur besseren Gesundheitsversorgung beinhaltet das Gesetz die alte von der Gewerkschaftsbewegung seit langem geforderte neue Altersregelung für Schwerarbeiter. Nach dem neuen Gesetz können in Österreich Schwerarbeiter mit 57 Jahren in die Rente gehen

Spanien: Massenaktion gegen NATO-Beitritt

MADRID. — An einem Anti-NATO-Festival im Madrider Casa de Campo beteiligten sich kürzlich über 250000 Menschen. Dies war ein Höhepunkt der breiten Kampagne gegen den geplanten Beitritt Spaniens zur NATO, den die Regierung im September besiegeln will.

Verbunden war diese Aktion mit einer Unterschriftensammlung zu einem Volksbegehren gegen die NATO-Mitgliedschaft. Die erforderliche halbe Million Unterschriften zur Einleitung dieses Volksbegehrens sind inzwischen nahezu erreicht.

Auf der Kundgebung sprachen Redner mehrerer Parteien und Gewerkschafter, die allesamt die Notwendigkeit des Kampfes gegen die NATO betonten und einen Beitritt mit der wachsenden Gefahr des Faschismus verbanden.

Demokratisierungfarce soll Ruhe schaffen

Die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei — im Streit reaktionärer Fraktionen

WARSZAWA. — Der 9. Außerordentliche Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) wurde Anfang letzter Woche beendet. Nur anderthalb Jahre nach dem im Februar 1980 abgehaltenen 8. Parteitag, auf dem Edward Gierek als „Erneuerer der sozialistischen Demokratie" gefeiert worden war — auch von den damals anwesenden Delegationen anderer revisionistischer Parteien — wurden die bekanntesten Vertreter des Gierekschen Kurses, der zum Generalstreik des letzten Jahres geführt hatte, aus der Partei ausgeschlossen und Stanislaw Kania als Nachfolger Giereks bestätigt. Auch jetzt wurde wieder sehr viel von der großen Demokratie geredet — mit dem Unterschied, daß diesmal auch in der westlichen Propaganda diese Behauptung die Berichterstattung über den Kongreß bestimmte.

Demokratische Erneuerung einer revisionistischen Partei?

Zwei Ereignisse sind es vor allem, die in Polen selbst und im Westen im Zentrum der „Demokratisierungs"-phrasen stehen. Vorgänge, die sich in der Tat von jenen stereotypen Parteitagsritualen der revisionistischen Parteien unterscheiden, wie man sie ansonsten aus den pseudosozialistischen Staaten Osteuropas gewohnt ist.

Zum einen die Einführung der geheimen Wahl zu den Führungsorganen der Partei, zum anderen die Änderung des Parteistatuts, die den Mitgliedern der Partei garantiert, daß sie ein Recht auf die freie Äußerung ihrer Meinung und ihrer Kritik haben.

Dies allerdings unterscheidet sie wohlgemerkt nur von den anderen revisionistischen Parteien. In den wahrhaft kommunistischen, den marxistisch-leninistischen Parteien, wie beispielsweise der KPD, war und ist es von jeher normal, daß Parteiwahlen geheim stattfinden, ist es normal und üblich, und für den Kampf der Partei unbedingt nötig, daß die Genossen ihre Meinung vertreten, daß freie Debatte herrscht, um den richtigen Weg zu finden. All dies ist unumstößlich in einem Kommunistischen Parteistatut festgehalten.

In den wahrhaft sozialistischen Ländern, sei es einst in der UdSSR, als die KPdSU(B) unter Stalins Führung noch eine bolschewistische Partei war, oder heute in der SVR Albanien, ist es das gute Recht der Arbeiter, ihre Stimme zu allen Angelegenheiten zu erheben. Es ist überdies ihr Recht — und ihre Pflicht — gegen antiproletarische Erscheinungen wie etwa den Bürokratismus energisch vorzugehen und sie schon im Keim zu ersticken.

Vor allem die Wahl jener 450 Funktionäre, die die leitenden Gremien der polnischen revisionistischen Partei zusammensetzen, stand dabei im Vordergrund der Propaganda: Erstmals, so wird gesagt, sei sie geheim gewesen; erstmals, so wird behauptet, habe es mehr Kandidaten als zu besetzende Sitze gegeben; erstmals, so weit versteigt man sich, habe es eine offene und ehrliche Personaldebatte gegeben. Wobei die westliche Propaganda natürlich nie vergißt hinzuzufügen, alles dies sei zum ersten Mal in einer Kommunistischen Partei überhaupt geschehen — was eine bewußte Lüge ist, denn all dies ist in Kommunistischen Parteien alltäglich, nur in den revisionistischen nicht.

Wie sieht es nun mit diesen Behauptungen in Wirklichkeit aus? Was bedeuten all die Versprechungen, all dieser Rummel, der hier veranstaltet wird? Worum ging es wirklich bei den Kampfabstimmungen in den Wahlen zum neuen Zentralkomitee und den anderen zentralen Parteigremien?

Kania, der jetzt vom Parteitag gewählte Vorsitzende der revisionistischen polnischen Partei, ist keinesfalls der Erste, der sein Amt mit dem Versprechen einer großen Erneuerung, einer großen demokratischen Reform antritt. Im Gegenteil, jede neue Parteiführung, die in Polen in den letzten 25 Jahren dreimal ausgewechselt wurde, immer nachdem die vorherige gestürzt worden war, machte genau dieselben Versprechungen.

Gomulka, der im revolutionären Polen der Nachkriegszeit wegen seiner arbeiterfeindlichen Politik, wegen seiner konspirativen Umtriebe zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war, wurde von Chruschtschow aus dem Gefängnis an die Spitze der Partei geholt. Er habe, so betonte er damals, den Schrecken des „Stalinismus" am eigenen Leibe verspürt und werde dem Land durch eine demokratische Erneuerung wieder Zusammenhalt geben. Gomulka zerstörte die Grundlagen des Sozialismus und errichtete die Diktatur einer neuen bürgerlichen Klasse. Er übergab der katholischen Kirche jenen Teil ihres — weltlichen — Reichtums wieder, der zuvor enteignet worden war. Er stoppte jeden Versuch, die Landwirtschaft Polens kollektiv zu organisieren, förderte die weitere Privilegierung der Intelligenz und schuf sich so eine Basis für seine revisionistische, korrupte Bonzenherrschaft unter dem Schutz der sowjetischen Bajonette. Für die Arbeiter bedeutete sein Kurs ständige Erhöhung des Arbeitstempos, Teuerung und den Verlust der demokratischen Rechte im Betrieb, die der „Rationalisierung und Modernisierung der Wirtschaft" geopfert wurden. Für die kleinen Bauern bedeutete es die alte Abhängigkeit von den Großbauern, die es damals — noch oder wieder — in der polnischen Landwirtschaft gab, vor allem aber von den staatskapitalistischen Gütern, und die wirtschaftliche und zunehmend wieder geistige Abhängigkeit vom Klerus.

Giereks zweite Erneuerung

Der Arbeiteraufstand, der in Polen Ende 1970 ausbrach und der nach heftigen Kämpfen einer weitgehend unorganisierten Arbeiterklasse im Blut erstickt wurde, führte dazu, daß Gomulka als Führer der Partei unhaltbar wurde. Der Schlächter von Gdansk als Vorsitzender einer sogenannten Arbeiterpartei, das war unmöglich. Es mußten neben wirtschaftlichen auch politische Konzessionen gemacht werden.

Gierek, Gomulkas Nachfolger und vorheriger Parteigänger, trat sein Amt mit denselben Versprechungen an: neue Wirtschaftspolitik, mehr Demokratie.

Die Methode der „demokratischen Konsultation", die nun überall eingeführt wurde, ersetzte in der Regel gerade die Wahlen. Die neue Wirtschaftspolitik bestand in der beschleunigten kapitalistischen Umorganisierung des Landes mit westlichen Milliardenkrediten. Alle offen reaktionären Kräfte wurden immer aktiver. Dies führte zu einer wesentlichen Verschlechterung der Lebenslage der Werktätigen und nur fünf Jahre nach Giereks Amtsantritt kam es zu einem zweiten, begrenzteren Arbeiteraufstand. Dieser wurde ebenfalls niedergeschlagen, aber es wurden auch hier ebenfalls verschiedene Zugeständnisse an die Arbeiter gemacht.

Aber wirklich demokratische Rechte, wirkliche wirtschaftliche Verbesserungen gab es für die Arbeiterklasse nicht. Aus allen diesen Ereignissen zogen die polnischen Arbeiter die Schlußfolgerung, daß es nötig sei, sich zu organisieren, um erfolgreich Widerstand leisten zu können.

Sich eigene Organisationen zu schaffen, die nicht dem Diktat der in Polen herrschenden Klasse unterstanden. Das war die Voraussetzung für die so erfolgreichen Streikkämpfe im letzten August, und nur die organisierte Wucht und die machtvolle Breite des Kampfes hinderten den „demokratischen Erneuerer" Gierek daran, die Panzer rollen zu lassen.

Die Reaktionen innerhalb der herrschenden Klasse Polens waren unterschiedlich. Die seit langem etablierten, durch Korruption und Beteiligung an privatisierten Unternehmen reich gewordenen Parteibonzen waren, wie die Moskauer Oberherren, für eine harte Regelung, für ein Niederschlagen der erneuten, diesmal organisierten, Erhebung der Arbeiterklasse.

Die traditionellen reaktionären Kräfte, die ihr Zentrum in der katholischen Kirche haben, und mit ihnen zusammen auch ein Teil der Manager, die in den Betrieben das Sagen haben, versuchten und versuchen es noch, die ganze Entwicklung auf eine noch stärkere kapitalistische Umorganisierung nach westlichem Muster hin zu lenken, ihre eigenen Positionen, sei es innerhalb, sei es gegen die revisionistische Partei, zu verbessern.

Zwischen beiden bildete sich im Partei- und Staatsapparat eine Gruppe, die im wesentlichen aus alten Mitarbeitern Giereks besteht, die einen Kurs der Zugeständnisse bei zunehmender Einbindung der Gewerkschaft ins Machtgefüge der Partei verfolgt und mehr oder minder deutlich die Karte der sowjetischen Bedrohung als Argument für ihre lavierende, zweideutige Linie anführen.

Die Gretchenfrage: Demokratie für wen?

Die verschiedenen Abstimmungen, die auf dem Parteitag stattfanden, wurden allgemein als die große Wende bezeichnet, die die Demokratisierung einleiten.

Tatsache aber ist, daß all diese Debatten nichts mit Demokratie zu tun hatten. Es gab zwar sehr scharfe Auseinandersetzungen, die aber entweder auf einzelne Personen beschränkt oder auf die allgemeinste politische Ebene begrenzt blieben.

Es waren keine Wahlen, die aufgrund einer offenen politischen Aussage des einen oder anderen stattfanden. Als politische Redner traten ohnehin nur drei Parteitagsdelegierte auf: Stanislaw Kania, der seinen Kurs der „Erneuerung in Ordnung" so allgemein darstellte, daß er zwischen beiden extremen Fraktionen blieb und als Kompromiß annehmbar war. Albin Siwak, der neue Sprecher der konservativen Revisionisten, die am Kurs Giereks festhalten wollen, und der im ganzen Land „Chaos, Anarchie und Konterrevolution" sah. Und als einziger Redner mit einem konkret genannten politischen Programm der stellvertretende Ministerpräsident Rakowski.

Und nicht nur die politischen Voraussetzungen für eine demokratische Wahl fehlten, sondern auch die Ergebnisse der Personaldiskussion spiegelten sich nicht in den Wahlergebnissen wieder. Die scharfen Angriffe Siwaks auf Kania, ganz im Ton des sowjetischen Drohbriefs von vor einigen Wochen, blieben ebenso ohne Auswirkung, wie die Parteiakten, die veröffentlicht wurden, und die Kanias Mitverantwortung für das Blutbad von 1970 aufdeckten.

All dies, wie auch die Tatsache, daß Rakowski als Sprecher jener offen prokapitalistischen Kräfte, als der er sich auf dem Parteitag umjubeln ließ, gar nicht zur Wahl des Vorsitzenden kandidierte, zeigt, daß es sich nicht um eine demokratische Wahl handelte, sondern um einen Kampf zwischen Cliquen und Fraktionen, denen es vor allem darum ging, ihre eigene Stellung in der Partei auf Kosten der Gegner zu sein.

So ist die Tatsache, daß die große Mehrzahl der alten Mandatsträger nicht mehr gewählt wurde, keinesfalls ein Ergebnis dessen, daß demokratisch gewählt worden wäre.

Für die „Katowicer" Grabski und Kociolek kam Siwak, für den „Liberalen" Fiszbach kam sein Mitarbeiter Labiecki und so weiter — die Machtverschiebung fand nicht statt, es wurden lediglich die jeweils bekanntesten Vertreter der beiden extremen Fraktionen der Revisionisten abgewählt.

Grabski war unhaltbar geworden durch seine offenen Drohungen gegen die Arbeiter und seine auf dem Parteitag vorgetragene Forderung, Gierek und die sechs anderen Topfunktionäre, die zur Debatte standen, nicht auszuschließen — was aber ein notwendiges Opfer im Angesicht des Protestes der Werktätigen war. Fiszbach hatte sich seinerseits mit seiner Forderung nach Privatisierung der Großbetriebe zu weit vorgewagt und wurde von den mittleren, den Kania-Leuten, ebenfalls nicht gewählt.

Auch die Tatsache, daß jeder Fünfte der neu in die Führungsgremien Gewählten Mitglied der Solidarität ist, täuscht. Erstens sind es keineswegs nur die Neugewählten, sondern rund ein Drittel der Solidaritätsmitglieder in den Führungsgremien der Partei waren schon vor dem Parteitag bei beiden Mitglied gewesen, und zum zweiten ist auch hier ein Austauschprozeß vollzogen worden. Denn es handelt sich bei diesen Mitgliedern der Gewerkschaft gerade um solche, die entweder Vertreter der von Kania so intensiv umworbenen „Vernünftigen Kräfte" innerhalb der Solidarität sind, oder Parteigänger der offen liberalen Fraktion Rakowskis, aber kein einziger ist Vertreter des konsequenten gewerkschaftlichen Kampfes.

Für die demokratischen Rechte der Arbeiter hatte der Parteitag hingegen nichts übrig außer strikter Ablehnung, und zwar einhellig von allen drei revisionistischen Parteifraktionen. So wurde von allen gegen solche Streiks gewettert, die es Zial haben, Betriebsdirektoren nach Wahl der Belegschaften zu bestimmen. Noch schärfer wurde mit jenen, in den Augen aller Revisionisten verwerflichen, Aktionen ins Gericht gegangen, die zum Ziel haben, der Korruption überführte Bonzen abzusetzen und zu bestrafen. Man hat offensichtlich Angst, daß dies einen selber treffen könnte und meinte deshalb, je nach Fraktion, man hätte keinen einzigen absetzen dürfen, oder aber, jetzt sei es endlich genug. Und auch allgemein: dem von den Arbeitern erkämpften Streikrecht galten von der Tribüne des Parteitags aus scharfe Drohungen. Jetzt sei jeder Streik völlig verantwortungslos, ein Schritt zur wirtschaftlichen und vielleicht auch militärischen Katastrophe — auch dies, in unterschiedlichen Formulierungen, von allen vertreten.

Wachsamkeit tut not

Mit der immer stärkeren Einbindung eines Teils der Führung von Solidarität in das Machtgefüge der polnischen Revisionisten und der gleichzeitig immer stärker zutage tretenden offen reaktionären Linie der Walesa-Leute laufen die polnischen Arbeiter Gefahr, daß ihr großer Sieg vom letzten August, die Organisations- und Streikfreiheit im polnischen Kapitalismus wieder verlorengeht. Daß er einem allmählichen Auflösungsprozeß zum Opfer fällt.

Und das ist natürlich das Ziel aller revisionistischen Fraktionen, auch jener, die mit den Arbeitern taktieren wollen, um so vielleicht schneller in Richtung eines westlich-kapitalistisch organisierten Staates zu kommen.

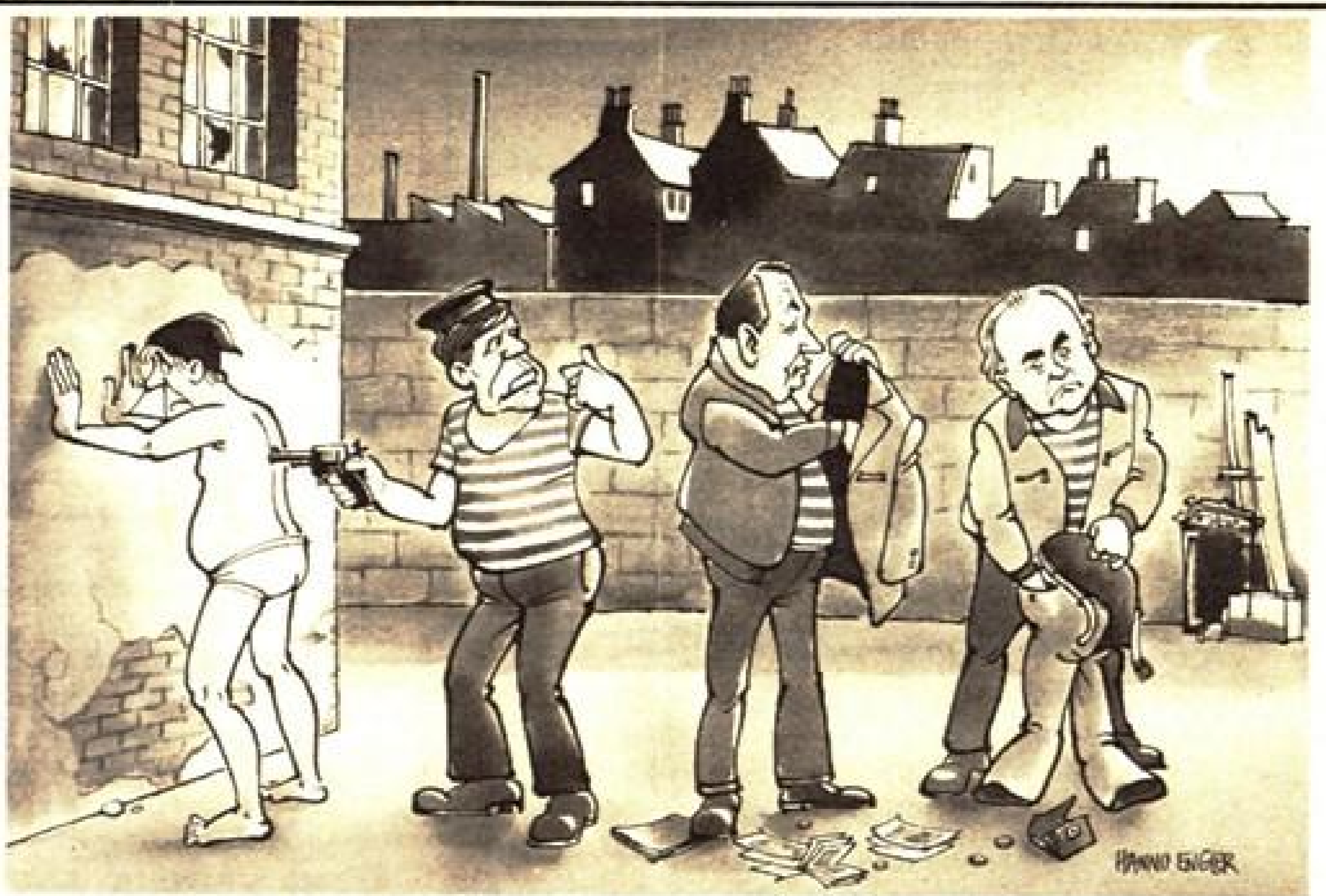
Daß die UdSSR ihre drohende Haltung gegenüber den polnischen Arbeitern nicht verändert hat, erweist sich einmal an der Berichterstattung in den sowjetischen Medien. Dort wurden nur solche Delegierten zitiert, die die harte antigewerkschaftliche Linie des „Forums von Katowice" vertraten. Zum zweiten aber auch direkt, durch die Ansprache des Delegationsleiters Grischin, sowie der — im Ton schärferen — Ansprachen der Parteidelegation aus der DDR und der CSSR.

Daß aber auch die Perspektiven der anderen revisionistischen Parteifraktionen arbeiterfeindlich sind, zeigen sowohl das Wirtschaftsprogramm des Generals Jaruzelski, als auch die programmatischen Ausführungen Rakowskis.

Erhöhung der Produktivität, Steigerung des Exports und eine allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung Anfang 1982, das waren Jaruzelskis Perspektiven. Vor allem, so meinte der General, müsse dazu endlich aufgehört werden zu streiken. Und dies zu einer Zeit, da in verschiedenen Gegenden des Landes Hungermärsche vorbereitet werden, weil immer noch dringend benötigte Lebensmittel exportiert werden, entgegen den Versprechungen vom letzten August.

So wird die Frage der kommenden Preiserhöhungen zeigen, was die vielgepriesenen „Demokratisierungs" - phrasen Wirkung zeigen und wie lange diese vorhält, ob dies genügt hat, die Arbeiter zum Stillhalten zu bringen.

Aber bloß die langfristigen Perspektiven Rakowskis, die Öffnung der Partei für alle „sozialistischen Strömungen" und die Selbstverwaltung der Betriebe forderte, sind, obwohl sie scheinbar gut klingen, Perspektiven, wie sie sich beispielsweise für die Arbeiter Jugoslawiens seit langem als schöne Worte für weitere Ausbeutung und Unterdrückung darstellen. Dies sind Perspektiven der offen kapitalistisch organisierten Gesellschaft, die auf Dauer die Ausbeutung der Arbeiter weiter steigern. Das ist auch der Grund für den westlichen Jubel über diesen Parteitag.



„Schaut auch im Futter nach, Jungs, wir brauchen jeden Pfennig!“

Landjugendtag in Trier

Wir wollen mehr Demokratie

Die diesjährige zentrale Veranstaltung des Bundes der Landjugend stand unter dem Thema „Jugend und Demokratie“. Eine über 60 Minuten lange Theaterrevue mit Sketchen und Liedern, u.a. von Bettina Wegener, war dazu von verschiedenen Ortsgruppen des Landjugendverbandes im Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz erarbeitet worden.



Gequältes Lächeln bei der Prominenz.

Ihre mühevolle Arbeit wurde von den über 1000 Landjugendlichen mit Szenenapplaus und Beifallsstürmen gelobt, während die Gesichter der Offiziellen wie Bauernverbandspräsident Heereman und Staatssekretär Gallus immer länger wurden. Ihr anstandsgemäßes Lächeln wirkte gequält. Die Theaterrevue hatte viele authentische Erlebnisse von Jugendlichen zum Inhalt, wo ihre Vorstellungen von Demokratie nicht mit der herrschenden Realität, der parlamentarischen Demokratie, der FDGO, übereinstimmten.

Und es wirkte schon fast wie eine Anklage, von der Bühne der Jugend an die unten sitzenden Politiker, was da an Mißständen aufgedeckt wurde.



Auch gegen die Aussperrung wurde Stellung bezogen.

Dramaturgisch sehr effektvoll wurde mit jedem Punkt der Anklage ein aus Karton bestehender Buchstabenturm aufgebaut, der zum Schluß das Wort Demokratie ergab. Dieses Mahnmal „Demokratie“ stand dann auch in großem Widerspruch zu dem, was die Landjugendlichen an Realität, an selbst Erlebtem darstellten.

— Daß die Jugend aufgespalten wird in verschiedene Gruppen wie Punker, Popper usw. und daß man sich eigentlich viel besser einig sein sollte.

— Daß Notengebung in der Schule wenig mit gerechter Leistungsbeurteilung, sondern mit Aussieben zu tun hat.

— Daß ausländische Kollegen für die Unternehmer höchstens Sklaven sind.

— Daß Unternehmer überhaupt nicht mit sich reden lassen, sondern wenn, es um ihre Interessen geht, lieber sofort aussperren.

— Daß die Verbraucher durch falsche Informationen seitens der Regierung gegen die Landwirte aufgehetzt werden.

— Daß die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedingungen der Landbevölkerung sich immer mehr verschlechtern.

Zum Schluß spitzte sich das Stück noch weiter zu, als ein Jugendlicher, seine Weigerung, für die BRD in den Krieg zu ziehen, und die Reaktionen des Staates und seiner Richter darauf darstellte. Er mußte schließlich doch zum Bund, wurde gedrillt und schikaniert: Nicht denken, gehorchen sollst du! Voll Wut stand der vom Offizier in den Dreck befohlene Soldat auf: „Ob das denn noch viel mit Demokratie zu tun hätte“ und trat unter tosendem Beifall den Demokratieturm ein. Die Trümmer, das ist die heutige Realität.

Oh, wie waren sie erschrokken, die in der ersten Reihe saßen. Und die anschließenden Grußworte an den Landjugendtag wurden rasch abgeändert in fast flehende, moralische Appelle: „Wir wollen doch gerne mit Euch reden, kommt zu uns“, sagten die Politiker. Sogar zum Abendessen wurde eingeladen. Dialogbereitschaft sei schon immer da gewesen, die Jugend müsse nur wollen. Und sie müsse ihre demokratischen Rechte nutzen, sagte Staatssekretär Gallus, er habe auch mal klein angefangen, als Gemeinderat, da könne jeder seine politischen Vorstellungen und Wünsche realisieren.

Hohngelächter war die Antwort.

Und da wurde es dann auch demagogisch. Heeremann sprang in die Bresche, machte aus weiß — schwarz und interpretierte den Turmeintritt so, als wolle die Jugend die Demokratie zerstören. Leider ist Heeremann ein sehr geschickter Redner, außerdem hat er als Bauernverbandspräsident noch Kredit, so daß viele seine Unverschämtheit gar nicht bemerkten. Ein Jugendlicher, der sich als „Wilhelm sein Kleiner“ vorstellte, formulierte das so: „Manche Hirten reden so geschickt, daß die Herde nicht merkt, daß der Hirte nur seine eigenen Interessen vertritt.“



Noch steht er

Insgesamt war die Veranstaltung, die schon den vielsagenden Titel „Ihr dort oben — wir hier unten“ hatte, für viele überraschend kritisch und voll von Angriffen. Und alle Anbiederungsversuche der Politiker schlugen fehl. Als beispielsweise Gallus auf die bissige Bemerkung eines Landjugendteilnehmers (daß er — Gallus — weit ab oben, entfernt von der Basis, sich bewege, sähe man auch an seinem Äußeren) dann sein Jacket auszog, die Krawatte abband, die Ärmel hochkrempelte und sagte: „Meine Freunde, ich bin einer von Euch“ — da bekam er nur ein mitleidiges, verachtendes Lächeln aus dem Saal zur Antwort.

Viele hätten die Landjugend gerne nur als Traditionspflegeverein und Volkstanzgruppe. Aber die Jugend auf dem Lande lebt nicht in der Vergangenheit, sondern heute. Und sie sorgt sich um **ihre** Zukunft. Als Vaters Nachfolger auf dem Hof oder dem Weinberg, oder als Lehrling im Kleinbetrieb des Dorfes, im Großbetrieb in der Stadt, oder als Arbeiter auf Montage. Und deren Probleme sind die gleichen wie unsere.

Regierungskrise in Bayern

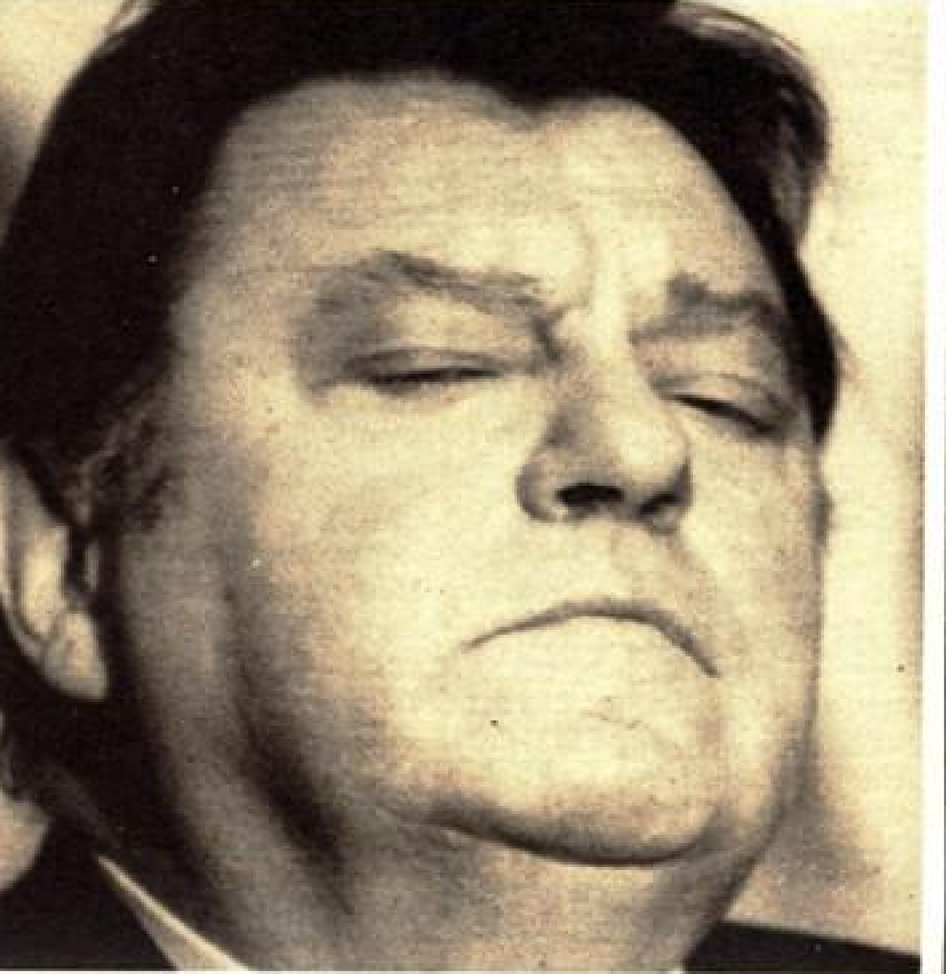
„Entschuldig' Dich oder schleich' Dich“

Der „Bayernkurier“, das ultrareaktionäre Kampfblatt des F.J. Strauß, sah rot. Seine Redakteure holten zum Rundschlag gegen eine Zeitung aus, die es gewagt hatte, den großen Vorsitzenden F.J.S. zu kritisieren. Und wie immer bei solchen Gelegenheiten stand den Herren vom „Bayernkurier“ dabei der Schaum vor dem Mund. Von kleinkarierter Miesmacherei war die Rede, von Informationsschwindel und manipulierender Meinungsmache, von Unterstellungen und einem persönlichen Feldzug gegen die CSU und den Vorsitzenden persönlich.

Eine solche Schimpforgie ist für den „Bayernkurier“ nichts ungewöhnliches. In diesem Fall aber waren nicht der „Stern“ oder der „Spiegel“ — beides für die Strauß-Leute längst sozialistische Propagandablätter — Adressaten der Beschimpfungen, sondern eine Zeitung, die der CSU ausgesprochen wohlgesonnen ist, der konservative „Münchner Merkur“ nämlich. Dort hatte Chefredakteur Pucher einen Kommentar zum letzten CSU-Parteitag veröffentlicht, in dem er Strauß zwar als überaus fähigen Politiker lobte, aber auch einige saloppe Anmerkungen machte, wie etwa einen Hinweis auf die Parteitagsrede des Vorsitzenden, deren „politischer und humoristischer Unterhaltungswert das Parteivolk nur noch bedingt mitreißt“.

Diese von Strauß als Majestätsbeleidigung empfundenen Anmerkungen eines CSU-Sympathisanten genügten also schon, damit der Vorsitzende seine Schreiberlinge im „Bayernkurier“ toben ließ. Nun aber geschah etwas für bayrische Verhältnisse Ungeheuerliches. Kultusminister Maier stellte sich hinter den „Münchner Merkur“ und verteidigte ihn gegen die Angriffe des „Bayernkurier“. Überall anders wäre das eine Episode gewesen, kaum einer kurzen Meldung in den Zeitungen wert. Im Machtbereich des Franz Josef Strauß aber reichte dieser Vorgang, um eine Regierungskrise auszulösen.

Der unselige Stoiber, Sprachrohr seines Herrn, zieh Maier der „offenen Provokation der CSU und ihres Vorsitzenden“. Strauß selbst tobte auf einer Kabinettsitzung gegen seinen Minister und forderte ihn



„Der Chef bin ich! Alles klar?“

ultimativ auf, sich für seine Verteidigung des „Merkurs“ beim Vorsitzenden zu entschuldigen oder von seinem Amt zurückzutreten. „Entschuldig' Dich oder schleich' Dich“, soll er dabei gesagt haben. Maier aber will sich nicht entschuldigen.

Nächster Akt: Strauß droht nun mit seinem eigenen Rücktritt für den Fall, daß die CSU-Fraktion sich weigern sollte, den Kultusminister vor die Tür zu setzen. Hektik und Panik breitet sich in der CSU-Spitze aus. Man verlegt sich schließlich aufs Verhandeln. Zwischen Strauß und Maier wird ein dürres und nichtssagendes Fünf-Punkte-Kommuniqué ausgehandelt, wie zwischen zwei verfeindeten Staaten. Was aber die Interpretation dieser Vereinbarung angeht, so haben beide Seiten völlig verschiedene Ansichten dazu. Maier betonte am Wochenende, er habe sich nicht entschuldigt. Strauß erklärte dagegen, er sei „mit Maiers Art der Entschuldigung zufrieden.“



Sonntag, 2. August, 21.05 Uhr, ARD

Wie es Euch gefällt. Die ARD hat sich viel vorgenommen: Das gesamte Werk Shakespeares soll in der nächsten Zeit nach und nach auf die Bildschirme kommen, in Form von Fernsehfilmen der britischen BBC. Mit „Wie es Euch gefällt“ steht heute eine der bekanntesten Komödien des englischen Meisters auf dem Programm.



***

Sonntag, 2. August, 21.00 Uhr, WDR, NDR, HR III

Blickpunkt Dritte Welt. Eine Reportage von Christian Sterly über den Befreiungskampf der afghanischen Partisanen gegen die sowjetischen Besatzer.

***

Montag, 3. August, 21.20 Uhr, ZDF

Amphitryon. Komödie des DDR-Dramatikers Peter Hacks.

***

Dienstag, 4. Augugst, 22.05 Uhr, ZDF

5 nach 10. In der ZDF-Talkshow geht es um das Thema „Politik und leere Kassen — ist der Sozialstaat am Ende?“. Es diskutieren unter anderem Detlef Hensche von der IG DruPa, Politiker von SPD und CDU, sowie sogenannte Fachleute, darunter auch der Springer-Schreiber Paul C. Martin, der kürzlich als Beitrag zur Bewältigung der Energiekrise unverhohlen die militärische Besetzung der Ölfelder forderte.

***

Donnerstag, 6. August, 22.20 Uhr, WDR, NDR, HR III

Mama, ich kann dich hören. Ein japanischer Dokumentarfilm, der am Beispiel einer Familie aus Hiroshima die Spätfolgen der Atomexplosion von 1945 zeigt. Yoshie Hatanaka verlor bei dem amerikanischen Angriff ihren einjährigen Sohn. Ein zweites Kind, das kurz darauf geboren wurde, war verkrüppelt und geistig behindert. Yoshie selbst starb als spätes Opfer des Bombenabwurfs an Knochenkrebs.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 1[illegible].

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. [illegible], Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1,** Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, geöffnet: Do + Fr 17.30 -20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

7800 **Freiburg,** Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover,** Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Sa 10 - 14 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

7500 **Karlsruhe 1,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestr. 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di - Fr 17 - 18.30 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr, Tel.: 0721 / 848408.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. [illegible]7 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi [illegible]ohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. [illegible]5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / [illegible]288, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.